Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte Mk. 2.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Insertionsgebühr [illegible] Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 25 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. | Telephon Expedition 1206.

Nr. 100. | Dienstag, den 30. April 1907. | 18. Jahrgang.

Vom nationalen Schwein und vom Reichskanzler.

Vor etlichen Wochen sang im Landwirtschaftsrat der deutsche Reichskanzler das hohe Lied des Schweines. „Mit Recht hat mein Freund, Herr v. Oldenburg," sagte der Kanzler, „darauf hingewiesen, daß wir dem braven Schwein Dank schulden. Gar manchen Abgeordneten hat es durch den reißenden Wahlstrom getragen. Schon darum gebe ich es nicht preis, sondern schütze es vor Pestilenz."

Jubelnd stimmten ihm die Agrarier zu.

Also das Schwein hat die Wahlen gemacht — neben Dernburg, selbstverständlich! Wurden diese Wahlen nicht als Rettung des Vaterlandes vor der sozialistischen Gefahr gepriesen? Das Schwein hat es also gerettet. Das Schwein hat Kaiser und Reich wieder vereinigt.

Nun wissen wir es auch aus dem Munde des Reichskanzlers selbst, weshalb die Viehsperre aufrecht erhalten bleibt: man braucht die teueren Fleischpreise, um die agrarischen Stimmen bei den Wahlen beisammen zu halten. Industrialismus, Liberalismus oder gar Sozialpolitik? Redensarten! Der Hauptpunkt bleibt — **Schweinepolitik!** Niedrige Löhne und hohe Fleischpreise! Magere Menschen und fette Schweine! Gepriesen sei das Schwein und gepriesen sei die Pest! Denn ohne Viehseuchen könnte man auch keine Viehsperren errichten. Sie erst ermöglichen es, unter dem Vorwand einer gesundheitlichen Maßregel die Handelsverträge, auf die man sich verpflichtet, gröblich zu verletzen.

Doch das Schwein kümmert sich nicht um das Lob des Reichskanzlers, das Schwein denkt nicht daran, daß es zum Eckstein der ganzen Reichsherrlichkeit geworden ist; wie alles in Deutschland, wie selbst die Offiziere z. D., macht auch bereits das Schwein Opposition. Gerade in diesem Augenblick spielt es der Reichsregierung einen bösen Streich. Wir befinden uns mitten in einer **Schweinekrisis.**

Wie das kam, ist sehr interessant zu verfolgen.

„Das Schwein ist dasjenige landwirtschaftliche Haussäugetier, welches am schnellsten wächst, sich am raschesten vermehrt und bezüglich des Futters am wenigsten wählerisch ist. .... Besonders wichtig ist die Schweinehaltung für die ländlichen Tagelöhner, welche gleichzeitig einen eigenen kleineren landwirtschaftlichen Haushalt haben. Die Haltung von wenigen Schweinen bietet das wohlfeilste und geeignetste Mittel, den Bedarf von Fleisch und Speck zu befriedigen oder durch Verkauf eines Schweines ihre baren Einnahmen über den Tagelohnverdienst hinaus erheblich zu steigern."

Also ist zu lesen in den landwirtschaftlichen Lehrbüchern. Die Tagelöhner und die Kleinbauern überhaupt waren die ersten, die sich auf die Schweinezucht warfen, um den steigenden Fleischbedarf der Städte zu befriedigen. So sehen wir denn, daß die Zahl der Schweine die 1873 in Preußen 4,3 Millionen betrug, von Viehzählung zu Viehzählung wächst, um 1902 bereits 12,7 Millionen zu erreichen. Darauf trat ein Stillstand ein; denn 1904 wurden 12,6 Millionen gezählt. Bei der ungewöhnlichen Fruchtbarkeit der Schweine vermehrt sich ihre Zahl rasch. Eine Oldenburger Sau brachte in zwei Würfen 59 Ferkel zur Welt. Nach einer Berechnung können zwei Schweine, deren jedes ein Jahr alt ist und die in zwei Würfen zusammen jährlich zehn Junge ferkeln, sich binnen zehn Jahren auf 39 Millionen vermehren. Nun tritt bei jeder Knappheit der Fleischzufuhr, jeder Steigerung der Fleischpreise, wie sie besonders plötzlich bei Zollerhöhungen oder Viehsperren sich einstellen, folgendes ein:

Die Schweinezüchter erscheinen zuerst am Platze und machen gute Geschäfte. Daraufhin vermehren sie rasch ihren Schweinebestand. So sehen wir denn, daß von 1904 bis 1906 die Schweinezucht Preußens auf 15,3 Millionen, d. i. um über 22 Proz., sich vermehrt hat. Aber nunmehr zeigt sich eine Umkehrung des Verhältnisses. Erstens, nach einiger Zeit gewinnen auch die Rindviehzüchter die Möglichkeit, ein stärkeres Angebot zu machen. Zweitens, die Schweinezucht wird, ohne daß er es merkt, für den Kleinbauern selbst unvorteilhaft.

Nehmen wir wieder das landwirtschaftliche Jahrbuch zur Hand:

„In größerem Umfange ist die Schweinezucht nur dort vorteilhaft, wo erhebliche Mengen von Futterstoffen, welche anderweitig gar nicht oder doch minder zweckmäßig verwendet werden können, zur Verfügung stehen. Namentlich gilt dies von Molkereiwirtschaften, welche Butter und Käse fabrizieren, in denen daher Molken und Buttermilch in großer Menge gewonnen werden. Außerdem können Wirtschaften, welche über Abfälle von Brennereien, Brauereien oder Rübenzuckerfabriken verfügen, eine umfangreiche Schweinezucht betreiben. ... Dagegen ist es nicht vorteilhaft, die Schweinezucht vorzugsweise auf die Verabreichung solcher Futtermittel zu begründen, welche ebensogut an andere Haustiere verabreicht oder gar verkauft werden können, zum Beispiel auf Kartoffeln, Getreidekörner, angekauftes Kraftfutter."

Mit anderen Worten, die Schweinezucht ist nur vorteilhaft, wenn sie mit den Abfällen der Wirtschaft stattfindet, wenn die Futtermittel nicht verrechnet oder nur zu einem geringen Betrage verrechnet werden.

Da die Abfälle beim Kleinbauern nicht weit reichen, so verkauft er die Ferkel und verkauft das junge Schwein. Wenn er aber, angelockt durch die hohen Fleischpreise, das Schwein groß zieht und überhaupt seine Schweinezucht vermehrt, so muß er verkäufliche Futtermittel verwenden, weshalb ihm dann das Schweinefleisch selber viel teurer zu stehen kommt. Indessen hat er bereits der Konkurrenz des Rindviehzüchters zu begegnen und auch der Konkurrenz des großen Schweinezüchters, der Molkereien, Zuckerfabriken rc., die erst den kleinen Züchter haben vorangehen lassen, aber nunmehr mit ihren wohlgemästeten Schweinen auf dem Markte erscheinen. Obendrein tritt bei jeder Fleischteuerung ein Punkt ein, da das konsumierende Publikum durch Verminderung des Verbrauches die Nachfrage heruntersetzt. Die Preise sinken. Was tun? Das Schwein frißt und frißt viel. Der Kleinbauer kann nicht warten, denn das Schweinefleisch wird ihm selbst immer teurer; auch braucht er Geld, — so muß er denn losschlagen. Nunmehr sinken die Preise erst recht.

Wir haben gegenwärtig die charakteristische Erscheinung vor uns, daß die Schweinepreise rapid sinken, während die Rind- und Kalbfleischpreise in der alten Höhe blieben. Bis 1903 stiegen mehrere Jahre die Schweinefleischpreise sehr bedeutend. Dann sanken sie. Darauf trat eine Verminderung der Schweinezucht ein, und die Preise gingen wieder in die Höhe. So wird es auch jetzt sein. Da die ausländische Konkurrenz so gut wie ausgeschlossen bleibt, so ist es der einheimische **Großzüchter**, der die geringsten Produktionskosten hat, und nicht, wie der Kleinbauer, gezwungen ist, schnell zu verkaufen, sondern ruhig abwarten und das Schwein weiter mästen kann; er ist es, der die Preise bestimmt. Diesem großen Züchter war die Schweinekrisis gar nicht unwillkommen — denn er hat ja den Nutzen davon, wenn die vielen Kleinbauern jetzt veranlaßt werden, ihre Schweinezucht einzuschränken.

Darum erklärten die Agrarier im preußischen Landtage, erst durch die Krisis seien die Schweinepreise auf das „normale Maß" gebracht worden. Nunmehr möchten sie freilich dem Preisrückgang, obwohl die Fleischpreise noch immer höher stehen, als sie jemals waren, ein Ende machen. Allein, die Schweine der Kleinbauern müssen erst weggegessen werden. Dabei stößt man aber auf den fatalen Umstand, daß der Fleischverbrauch der Bevölkerung sich nicht nach ihrem Appetit, sondern nach ihrem schmalen Beutel richtet, der überdies von den Land- und Hausagrariern und vom Staate fortgesetzt ausgepreßt wird. Unter diesen Umständen erinnern sich auch die Agrarier an die patriotische Pflicht der Fleischermeister, die Preise entsprechend herunterzusetzen.

Und nun das Schlußergebnis. An Stelle des amerikanischen Schweinezüchters tritt in Deutschland selbst der kombinierte landwirtschaftliche Großbetrieb mit Brennerei resp. Zuckerfabrik und der weitestgehenden Ausnutzung der landwirtschaftlichen Nebenprodukte, darunter auch Schweinezucht. Die Fleischpreise bleiben hoch. Allein der Kleinbauer hat nunmehr das Nachsehen. Durch die Krisis erlitt er direkten Schaden. Auch weiter kommt er um so weniger vorwärts, als zugleich die Futtermittel im Preise steigen, die Bodenpreise steigen und die Pachtpreise steigen. Um seine geringe Schweinezucht aufrecht zu erhalten, sucht er, wie auch früher schon, an dem Unterhalt seiner eigenen Familie zu sparen: er verfüttert an das Schwein die Kartoffeln, die er selbst braucht. Er läßt seine Familie sich aufzehren, füttert das Schwein und macht doch niemand fett, als nur den Gutsherrn und den reichen Viehzüchter.

Gestützt auf Dernburg und das Schwein, wollte Graf von Bülow das Jahrhundert in die Schranken fordern. Allein das grunzende Borstenvieh erweist sich, wie wir sehen, als ein selbst für Agrarier nicht immer geeignetes politisches Reittier.

Politische Uebersicht.

Gekaufte Ehefrauen oder deutsche und afrikanische Kultur. In welcher Weise weiße Beamte mitunter „Kultur und Sittlichkeit" in Afrika heimisch zu machen suchen, dafür bietet der amtliche Bericht über das Ergebnis der Untersuchung in der Beschwerdesache der Akwahäuptlinge manches interessante Beispiel. Hier nur einige Züge aus dem Liebesleben des Regierungsrats v. **Brauchitsch** und des Oberrichters Dr. **Meyer.**

Vorausgeschickt muß werden, daß bei den Duala die Verbindung von Mann und Weib zur Liebes- und Geschlechts-[illegible]

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig.

65

Der folgende Morgen fand das ganze Haus des Holders-Fritz schon wach. Es war ja der [illegible]. Er selber kam mit der Sonne vom [illegible] herein. Nur die Braut ließ sich nicht sehen. Die Trauung sollte früh vollzogen werden. Das Holders-Annele fand die Heiterethei noch schlafend, als sie ihr den gestrigen Anzug von dem Stuhl an ihrem Bett hinwegnahm und das Brautkleid dafür hinlegte. Auch für das Liesle war ein festliches Gewand besorgt worden. Das schlief in einem besonderen Bette.

Der Holders-Fritz konnte seine Unruhe kaum verbergen, als Viertelstunde um Viertelstunde verging und das Mädchen nicht zum Vorschein kam. Das Holders-Annele merkte ihm seinen Zustand an und ging, nach ihr zu sehen. Gleich darauf kam sie erschrocken wieder. Sie schlug die Hände zusammen und sagte: „Die Schand'! die Schand'!"

Der Fritz fragte nicht. Er begriff. Das Annele hatte sie nicht gefunden.

„Wenn sie nicht unten am Brunnen ist", [illegible] er. „Ich hab' mir's seit jenem Tag vorgestellt", sagte das Annele, „wie sie so wunderlich ist worden. Und die ganze Stadt wird sich sie lachen. Daß das meinem Töchterle muß geschehen!"

Der Fritz wurde fast zornig. „Aber sie ist da", behauptete er, „und sollt' sie in jenem Schrank dort stecken." Er wollte die Gewißheit so lange von sich abhalten, als ihm möglich war. „Und macht kein [illegible] davon. Das wär' manchen Leuten just recht, wenn's herumkäm. Und es wär' doch nicht wahr! Macht Euch kein' [illegible] fort, Annele. Es ist noch eine Viertelstunde Zeit. Bis dahin ist sie wieder da."

Und so war es wirklich.

Aber die Minute ging lange vorüber, ehe die Tür sich auftat, und die Tür stand lange auf, ehe jemand darin erschien. Und die Heiterethei, denn sie war der Jemand, wäre, wer weiß, noch länger auf der Schwelle stehen geblieben, hätte das Annele sie nicht hereingeholt.

Dem Fritz war es schwerer, als es zu sagen ist, seinen [illegible] Jubel zu verbergen. [illegible]

[illegible]

Die Heiterethei entgegnete, die alte Annemarie habe sie aufgesucht und ihr diesen Dienst geleistet.

„Und wo ist sie denn?" fragte der Fritz. „Ist sie draußen? Annele, hol sie doch herein."

„Wie ich 'runter an den Brunnen bin gegangen", sagte die Braut schon, „da ist sie wieder heim."

„Und da sagst Du", warf ihr der Fritz vor, der begriff, was die Heiterethei dachte, „wir schämen uns Deiner, und Du bist's, die sich unser schämt. Und wenn wir so wären, wie Du meinst, dann dürft'st Du auch [illegible]."

[illegible] der Fritz [illegible]. Eine Hochzeit, wie Aufsehen machte die „Großie" nicht mehr. Die [illegible], wo das Brautpaar vorbeikam, hatten das Ansehen eines [illegible], der eben schwärmen will. Die Kirche war so voll, wie nur selten während des Gottesdienstes. Da die Warnungen nicht gefruchtet hatten, ging man das Prophezeien los und das prophezeite Unglück war nur sehr [illegible] gewürzig für eins.

Wir schweigen von allem dem und erzählen nur, daß vielleicht nie ein schöneres Paar in [illegible] zusammen in die Kirche getreten ist.

Die Braut hatte schon [illegible] den Bräutigam angesehen, [illegible] die Lippen geöffnet gehabt, dem Bräutigam etwas zu sagen, und doch geschwiegen, und wenn der Fritz fragte: „Du willst mir was sagen, Dorle?" die Augen wieder weggewandt und leise geantwortet: „Wart nur. Jetzt noch nicht."

Als sie nach beendeter Trauung wieder aus der Kirche heraustraten, fiel ein leichter Wolkenduft wie ein zarter Schleier [illegible] auf sie herab und begrüßte [illegible] den Kranz der Braut wie der Bräutigam sagt.

Jetzt flüsterte sie: „Ich weiß nicht, ob ich's [illegible] Du auch magst, ich möchte gern zu meinem Häusle vor der zu Dir."

„Warum zu mir?" fragte der Fritz, indem er [illegible] den Weg nach dem Häuschen einschlug. „Da kannst mir [illegible] zu Dir oder auch zu uns. Wenn Du auf [illegible] denkst, daß Du zu mir sollst, wenn Du wirst [illegible] unser Haus, so will ich zufrieden sein."

Es war kein unrichtiger Einfall, der den Fritz [illegible] nach dem Hause zu einen Umweg zu machen. So [illegible] sie die Gäste endlich und kamen allein und [illegible] der [illegible] Häuschen an.

Ein schönerer Vormittag ist nicht leicht gewesen. [illegible] [illegible]

[illegible] funkelt durcheinander wie tausend Diamanten, wenn er nach seiner Art in sich hineinlacht; und so herzlich und selig in sich hineingelacht, wie heute, hat er noch nie. Das erneute Hinterlein unter seinem [illegible] glänzt, als war es selber eine Braut. Der Fels an seiner linken Flanke hatte über sein graues Hemde einen Rock angetan, aus den schönsten roten Pechnelken gewebt, auf seinem Haupte einen grünen Hut wie ein Tiroler. „Siehst Du," redete er mit hundert rauschenden Stimmen auf das Häuschen hinein, „all den Glanz dankst du mir, und daß mir's übelgenommen, weil ich dir das alte Gewand auszog, wie ein unverständiges Kind auf dem Arme der Mutter, die es putzen will. Es wird nichts neues und gutes, wenn das alte nicht zerrissen wird, frag nur den Holders-Fritz und seine Braut, denen ist's gegangen, wie dir." — Und auch an Musik fehlte es nicht. Der alte Holunderbusch spielte in seiner wunderbaren Vielseitigkeit den Brautführer und das Musikanten zugleich. [illegible] die Melodie zu dem [illegible] Lied von der glücklichen Liebe, und zwei selige Herzen schlugen den Takt dazu. Denn drüben im Stübchen über dem Schuppen, da lehnte die Braut leise ihr Angesicht an des Bräutigams Brust und sagt: „Ich muß Dir's doch sagen, Fritz, ich weiß, ich müßt's nicht sagen und Du wußtest es schon."

„Und wenn ich's weiß, ich hör's noch immer gern", erwiderte der Fritz nur mit seinen Augen. Es ist der Blick, der ihr [illegible] so wohlgetan. Und da standen sie so nach [illegible] im [illegible] von dem alten Schuppen.

Sie wollte weiter sprechen, aber sie [illegible] und sah sich um, ob niemand in der Nähe sei, und sing [illegible] [illegible] aus.

„Ich war ein dummes Mädle und bin nur [illegible], wie ich arbeitete und dachte war ich ein [illegible]. Die ganze Zeit her [illegible] was [illegible] hab' ich gemeint, [illegible] es ist auch nur Gerede, daß alles auf einmal anders werden soll und man soll kein eigenes Herz mehr haben, zumal wie ein armes Mädle, das nie was hat, als daß es [illegible] braucht [illegible]."

Sie [illegible] wieder. Die dunkle Rose [illegible] ihr Gesicht [illegible]. „Nun [illegible], als [illegible]." Der [illegible] auf der Bahn wollte, wo er dem Mädchen ins Gesicht [illegible]. Aus dem ist die alte Heiterethei völlig verschwunden. Wie [illegible] die Blume [illegible] aufgebrochen, die [illegible] der Sonnenschein der Heimat geboren!

[illegible]

(Schluß folgt.)

wirtschaft sich noch immer in der Form des Weiberkaufs vollzieht. Dadurch, daß ein Mann auf die Frau eine Anzahlung leistet, wird er ihr Bräutigam. Den Herren v. Brauchitsch und Dr. Meyer wurde nun in der Beschwerdeschrift der Vorwurf gemacht, daß sie ihre Amtsgewalt gemißbraucht hätten, um sich verlobte Mädchen anzueignen. Kammergerichtsrat Strähler hat bei dieser Sache unter anderem Ermittelungen angestellt, aus denen wir folgende reizende Idyllen hervorheben: „Etwa zwei Monate später (d. h. nachdem das Duala-Mädchen Tomedi Muduru von ihrem bisherigen Bräutigam Dumbe Masako durch Rückgabe des empfangenen Kaufpreises freigeworben war. D. R.) fragte Regierungsrat v. Brauchitsch den Kanzlisten Lea Dikume — wie dieser aussagt —, ob er ihm ein Weib verschaffen könnte, und als er dies verneinte, ob die Tomedi schon vergeben sei. Auf die Antwort, daß dies nicht der Fall sei, gab er ihm den Auftrag, ihm das Mädchen als Frau zu kaufen. Dikume begab sich in das Abogebiet, wo sich das Mädchen aufhielt, und verhandelte mit dem Vater. Da die Tomedi glaubte, sie solle v. Brauchitsch nach Deutschland begleiten, weinte sie und weigerte sich, mitzugehen. Dikume kehrte zu v. Brauchitsch zurück, um festzustellen, ob er vorhabe, das Mädchen nach Europa mitzunehmen. Diese Absicht bestand nicht. Dikume fuhr nun nach Abo zurück und erhielt 600 Mark als Kaufpreis mit. Bei seiner Ankunft befand sich die Tomedi mit den Weibern ihres Vaters zusammen im Busch um Oel zu holen. Als sie nach ihrer Rückkehr erfuhr, daß eine Reise nach Deutschland nicht in Frage kam, ging sie freiwillig mit nach Duala. Auch die Tomedi hat bei ihren wiederholten Vernehmungen bestätigt, daß sie gern und freiwillig, also ohne jeden Zwang zu Brauchitsch gegangen sei. Sie hat mit ihm in Geschlechtsgemeinschaft gelebt und sich in seiner Wohnung neben dem Schlafzimmer aufgehalten. ... Einige Zeit später, nachdem v. Brauchitsch das Dualamädchen zu sich genommen hatte, beauftragte der Oberrichter Dr. Meyer in Buea den Kanzlisten Eteki, ihm gleichfalls ein Dualamädchen zuzuführen. Eteki bestimmte Timbu Ekwe mit Dr. Meyer über seine Schwester Ekale, deren Vormund er war, zu unterhandeln. Es kam zu einer Einigung: Dr. Meyer zahlte 500 Mark, und das Mädchen zog zu ihm nach Buea. Auch er lebte mit ihr in Geschlechtsgemeinschaft."

Es liegt uns fern, ob dieser Kaufgeschäfte in Entrüstung zu verfallen, denn wir wissen, wieviel Handelsgeschäfte und Profitberechnung und wie wenig Kultur und Sittlichkeit auch in europäischen Ehen oft genug vorwaltet. Aber an der Zweideutigkeit können wir nicht ganz vorübergehen, die darin liegt, daß man nach außen vorgibt, weiße Sitte und Gebräuche unter die Schwarzen tragen zu wollen, während man sich mit großem Vergnügen schwarze Kultur in weiße Beamtenkreise verpflanzt.

Die Eroberung von 45 Millionen. Das Häuflein der vom Niedergang der Gewerkschaftsbewegung fabelnden Genossen ist in der Partei völlig zusammengeschmolzen. Die Verbesserung in der Lebenshaltung der organisierten Arbeiter Deutschlands drängt sich jedem ruhigen Beobachter so stark auf, daß er auf alle theoretischen Argumente für die Notwendigkeit und den Nutzen der Gewerkschaftsbewegung verzichtet. Ueber diesen Nutzen und diese Notwendigkeit diskutiert man nicht mehr in der Partei! Wenn wir in diesem Artikel Tatsachen, glänzende, die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung kündende Tatsachen aufmarschieren lassen, so verfolgen wir damit nur die Absicht, den Schritt der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu beschleunigen.

Vor einigen Monaten veröffentlichte der Zentral-Verband der Maurer Deutschlands ein grundlegendes Werk über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe.

Ohne einen Ton von [illegible] in ganz [illegible] Weise lehrt das statistische Werk des Maurerverbandes die Resultate eines Dezenniums [illegible] Gewerkschaftskämpfe, die in diesem Jahrzehnt eine [illegible] Millionen Mark [illegible] zusammen. [illegible] und Solidarität [illegible] durch die materiellen Mittel der Organisation haben vermocht in dem Zeitraum von 10 Jahren für rund 190,000 Maurer den Arbeitsverdienst um rund 45 Millionen Mark zu [illegible]. Diese 45 Millionen waren natürlich [illegible] 1906 [illegible] Erhöhung, sondern [illegible] Jahre [illegible] Millionen [illegible] worden.

Nach einem [illegible] über die [illegible] im Maurergewerbe [illegible] von 1897–1906:

[illegible]

[illegible] Arbeitsverkürzung [illegible] 190 [illegible] Maurer [illegible] Mark pro Kopf [illegible]

[illegible]

[illegible] Mark gezahlt [illegible] neuer größerer Sieger wird die deutsche Maurerbewegung [illegible] fortschreiten.

Parlamentspräsident und Gründer. Das [illegible] Gründer, Präsident des Abgeordnetenhauses und Generalsekretär der nationalliberalen Partei, [illegible] Konkursgesellschaften, [illegible] der Dr. Kramerschen Gesellschaft [illegible]

Die Gesellschaft ist am 24. Februar mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1903 mit einem Grundkapital von 1,100,000 Mark gegründet, eingeteilt in 1100 Anteile à 1000 Mark. Gründer waren der Geheime Justizrat und Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Krause und der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Breithaupt. Vorsitzender des Aufsichtsrats wurde der Geheime Justizrat Dr. Krause, ein Jahr später trat Wirkl. Geh. Kriegsrat Dr. jur. Seidenspinner an seine Stelle in die Gesellschaft ein. Schon sechs Wochen nach der Gründung soll das ganze Aktivum verschwunden und eine Unterbilanz von 83,000 Mark vorhanden gewesen sein, die sich bis Ende des Jahres 1905 auf **126,000 Mark** erhöhte.

Nun übernahm die Leitung der Gesellschaft ein früherer Zahnarzt, der die zerfahrenen Verhältnisse sanieren sollte. Auch er hatte keine Erfolge zu verzeichnen, denn es wurden nochmals etwa **250,000 Mark** in das Unternehmen hineingesteckt.

Den Konkurs meldete die Gesellschaft nicht an. Es wurde lustig drauf los gewirtschaftet. Man nahm neue Kapitalien gegen Verpfänden von Wertobjekten auf und bei Ausbruch des Konkurses mußte dann eine Unterbilanz von **400,000 Mark** festgestellt werden. Die Handelsbücher der Gesellschaft gewähren keine klare Uebersicht über ihre Vermögenslage.

Die Gläubiger werden wenig oder nichts bekommen. Anderthalb Millionen sind in zwei Jahren verpulvert worden. Ein Trost ist es, daß die Gründer sich früh genug aus dem Staube gemacht haben und nun zu denen gehören, die die Leidtragenden — bedauern können.

Das Zentrum und die auswärtige Politik. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat zur zweiten Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes eine Resolution eingebracht, die den Reichskanzler ersucht, dem Reichstage periodisch über die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches urkundliches Material zugehen zu lassen.

Es ist wirklich bewundernswert, auf was sich die Zentrumspartei besinnt, wenn sie das Heft nicht mehr in Händen hat. Als sie sich noch Regierungspartei fühlte, hielt sie es nicht für notwendig, dem Volke Einblick in die auswärtige Politik zu verschaffen, damals blieb die Sozialdemokratie mit ihrer Forderung allein.

Maßregeln gegen habgierige Fleischermeister. In einzelnen niederrheinischen Orten gingen angesichts des Umstandes, daß die Metzgermeister immer noch auf hohe Verkaufspreise halten, die Landwirte dazu über, ihre massenhaft gemästeten Schweine selbst zu schlachten und zu billigen Preisen direkt an die Abnehmer zu verkaufen. Das Fleisch fand, wie die „Nat.-Ztg." aus Köln meldet, reißenden Absatz. Auch im Ruhrgebiet wollen die Landwirte ähnliche Einrichtungen schaffen. — Die Landwirte haben dabei natürlich auch noch einen Verdienst, und beiden Teilen ist geholfen.

Noch ein Ungeeigneter. Von seinem Amt als Mitglied des [illegible] enthoben wurde, wie [illegible] Sozialdemokratischen Partei angehört [illegible]

[illegible] Das [illegible] verurteilte den [illegible] „München" [illegible] zu sechs Jahren Gefängnis. [illegible]

Verbot gegen den [illegible] [illegible]

Die Kommunen müssen warnen. [illegible]

[illegible]

[illegible] [illegible]

Der [illegible] als Polizeihunde. [illegible]

Die Schulvorsteher haben von der etwaigen Säumigkeit eines Lehrers dem Amte Anzeige zu erstatten. Die Hälfte des Holzes ist für das Schulzimmer bestimmt. Dies auferlegte Amt kommt dem Lehrer reichlich kostspielig zu stehen, wenn er nicht selbst zum Nutzen und Vorteil der Schulgemeinde Axt und Säge handhaben will. Uebrigens hat der Lehrer auch die Heizung des Schulzimmers, die doch Gemeindesache wäre, zu besorgen, und auch hier steht den Schulvorstehern (Bauern und Büdnern) das Recht der Kontrolle zu. Und „einsichtige" Schulvorsteher üben dies Recht auch aus. Der Respekt des mecklenburgischen Junkerstaates vor der Volksschule kann gar nicht drastischer beleuchtet werden.

Der Nord-Ostsee-Kanal. Der dem Reichstage zugegangene dritte Ergänzungsetat für 1907 enthält nur die Forderung von 15 Millionen als erste Rate zur Erweiterung des Kaiser Wilhelm-Kanals und zwar 9,200,000 Mark für Grunderwerb, 2,000,000 Mk. für Nutzungsentschädigung, 600,000 Mk. für den Ersatz der Familienhäuser, die wegen der Erweiterungen abgebrochen werden müssen, und 3,200,000 Mk. für Projektbearbeitungen. Die gesamten Kosten werden 221 Millionen betragen, wozu noch 2 Millionen für Zwecke der Landesverteidigung treten. Als Bauzeit sind 7 bis 8 Jahre in Aussicht genommen.

Neue zünftlerische Handwerkergesetze. Der dem Reichstage zugegangene Entwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung gestattet das Halten und die Anleitung von Lehrlingen außer über 24 Jahre alten Meistern auch denjenigen Gewerbetreibenden, die in ihrem Gewerbe die vorgeschriebene und mangels solcher die dreijährige Lehrzeit zurückgelegt, die Gesellenprüfung bestanden und fünf Jahre hindurch öffentlich ein Handwerk selbständig ausgeübt haben oder als Werkmeister tätig gewesen sind. Die Führung des Titels Baumeister, Baugewerksmeister 2c. wird vom Bundesrat geregelt werden; inzwischen ist die Führung gestattet, soweit sie landesrechtlich ausdrücklich erlaubt ist. Während der Uebergangszeit dürfen auch Personen, die den obigen Vorschriften nicht entsprechen, angenommene Lehrlinge auslernen lassen. Die Befugnis zur Anleitung kann ihnen gewährt werden, wenn sie bereits fünf Jahre lang Lehrlinge anleiteten. Zur Meisterprüfung soll in der Regel nur zugelassen werden, wer die Gesellenprüfung bestand und drei Jahre Geselle war: doch darf während der ersten 5 Jahre die Zulassung nicht vom Bestehen der Gesellenprüfung abhängig werden.

Zum Schutz der heimischen Sänger. Das dem Reichstage zugegangene Vogelschutzgesetz verbietet das Zerstören und Ausheben von Nestern und Brutstätten von Vögeln, das Zerstören und Ausnehmen von Eiern, das Ausnehmen und Töten von Jungen. Desgleichen ist der Ankauf, die An- und Verkaufsvermittelung, das Feilbieten, die Ein-, Aus- und Durchfuhr und der Transport des Nestes, der Eier und Brut der in Europa einheimischen Vogelarten untersagt. Vogelnester an Wohnhäusern und im Innern von Hofräumen dürfen vom Eigentümer jedoch zerstört werden. Die Möven und Kiebitze stehen nicht unter dem Schutz.

Der Termin für die allgemeine Berufs- und Betriebszählung ist vom Bundesrat auf den 12. Juni d. J. festgesetzt. Die Zählung findet im Sommer statt, um die deutsche Volkswirtschaft in möglichster Entfaltung aufzunehmen.

Der Reichstag hielt am Sonnabend eine langweilige Sitzung ab, in der über den Postetat verhandelt wurde. Der neugebackene Frh. v. Gamp-Massaunen hielt seine adelige Jungfernrede, in welcher er über die zu billigen Stadtbriefe seufzte und den unter dem Namen der Ostmarkenzulage bekannten berüchtigten Korruptionsfonds empfahl. Zum Schluß ödeten zwei Zentrumsredner das Haus mit ellenlangen Reden an.

Ausland.

Sie wagen es doch nicht! Im ungarischen Abgeordnetenhause erklärte bei Verhandlung einer Petition eines Streikgesetzes Staatssekretär [illegible], daß die Regierung nicht daran denke, ein Streikgesetz zu schaffen. Diese Frage werde im Rahmen der Arbeiterschutzgesetzgebung gelöst werden. Es wäre auch nicht möglich, den Streik vollständig abzuschaffen. (Donnerwetter, welch weise Erkenntnis!) Mit Ausnahme jener Betriebe, wo es sich um öffentliche Interessen handelt, sei es auch nicht zweckentsprechend, das Streikrecht der Arbeiter einzuschränken. Die Frage werde übrigens noch in diesem Jahre in Verbindung mit der Revision des Gewerbegesetzes geregelt werden.

Die [illegible] deutlichen Proteste der ungarischen Arbeiterschaft haben mithin ihre Wirkung nicht verfehlt.

* * *

Wie in Frankreich so in Ungarn. Der ungarische Finanzminister [illegible] hat allen [illegible] Finanzbeamten die Teilnahme an einer zur Besprechung der wirtschaftlichen Lage einberufenen Versammlung verboten, da er nicht [illegible], daß die Beamten [illegible] der staatsrechtlichen Verfassung die Initiative ergreifen. [illegible] sollen die strengsten Maßregeln ergriffen werden.

[illegible] Manier, Beamte wie kleine Kinder zu behandeln, [illegible] Erst hat Frankreichs Premier, Herr Clemenceau, die [illegible] Herr Wekerle nach. [illegible] „Umsturz" [illegible], als hätte er [illegible] genommen.

* * *

Ein Franzose über Elsaß-Lothringen. Seit Jaurès [illegible]

[illegible] Die Angliederung Elsaß-Lothringens [illegible] Im Prinzip genügt es [illegible]

[illegible] Will es nicht Elsaß-Lothringen [illegible] finden? [illegible]

[illegible]

Präsident Roosevelt gegen die Kartell-Kapitalisten. Die amerikanische Nationalfeier hat dem Präsidenten Roosevelt Gelegenheit zu einer hochpolitischen Ansprache gegeben. „Wolffs Bureau" teilt daraus u. a. folgendes mit:

Der Präsident ermahnte die gegenwärtige Generation sich durch Taten und nicht durch Worte als würdige Söhne ihrer Vorfahren zu erweisen. Die ersten Aufgaben seien nicht militärische, sondern soziale und industrielle. Zur Beseitigung der Uebelstände, welche Amerikas gewaltiger industrieller Aufschwung mit sich gebracht habe, müsse eine Kontrolle ausgeübt werden über das Geschäftsleben, um zu verhüten, daß die Anhäufung von allzu großen Reichtümern des einzelnen und besonders von Gesellschaften, das öffentliche Interesse schädige, ohne jedoch solche rechtmäßigen Gewinne zu verbieten, da sie die Initiative des einzelnen erhöhen. Gegen Uebeltäter, ob große oder kleine, solle man wenig Nachsicht üben. Jeder Mann sollte nach seinem Wert behandelt werden, ohne Unterschied seines Glaubensbekenntnisses, seiner Herkunft und seines Berufes.

Der Präsident kann froh sein, daß er derartige Reden ohne preußisch-polizeiliche Ueberwachung halten kann ....

* * *

Japan und Rußland. Die gelben Sieger aus der Mandschurei treiben im stillen, ohne Reden und viel Tamtam, fruchtbare Auslandspolitik. Nachdem die Streitaxt begraben ist, knüpfen sie sofort wieder die alten Handelsbeziehungen nach Rußland an. In Odessa sind aus Japan Verwalter der der Regierung in Formosa gehörigen Teeplantagen eingetroffen zwecks Erneuerung der Handelsverbindungen mit Japan. Die Vertreter verhandeln mit den Teehändlern über die Verbreitung des japanischen Tees in Rußland, wie es heißt, mit viel Erfolg.

* * *

Ein Kutscherstreik gegen die ägyptische Polizei. Aus Kairo wird gemeldet: Von einem siegreichen Streik der hiesigen Kutscher ist zu berichten. Sie haben bewiesen, daß man durch Solidarität alles erreichen kann. Die hiesigen Kutscher — es gibt in Kairo nur Zweispänner — hatten seit langer Zeit unter argen Polizeischikanen zu leiden, sie wurden nach jeder Anzeige mit hohen Geldstrafen und durch Entziehung der Fahrerlaubnis für 5 bis 30 Tage bestraft. Jeder Schauisch (Wachmann) setzte eine besondere Ehre darein, die Kutscher aufzuschreiben, die dann, ohne angehört zu werden, verdonnert wurden. So kam der Arabagi (Kutscher) leicht zu einer Strafe. Wenn er durch eine belebte Straße, wie Monsky oder Esbekieh, leer fuhr, wurde er aufgeschrieben; oft wenn er bei einem Hause stand und auf einen Fahrgast wartete, wurde er aufgeschrieben, ohne daß er überhaupt von der Anzeige wußte. Dabei kamen natürlich ständig Irrtümer vor.

Schon lange gärte es unter den Kutschern, die von Organisation keine Ahnung haben, bis endlich Donnerstag, den 18. d. M., ein allgemeiner Streik ausbrach. Kein Wagen verkehrte den ganzen Tag und auch die wenigen, die in der Früh ausfuhren, ohne vom Streik zu wissen und ohne böse Absicht Streikbrecher wurden, sahen sich gezwungen, heimzufahren.

Die Kutscher stellten folgende Forderungen auf: Ordentliche Verhandlung im Falle einer Anzeige, Abschaffung der drakonischen Polizeistrafen, besonders wegen der maroden Pferde, und Erhöhung der Taxe, die bisher per Fahrt in der Stadt 3 Piaster, per Stunde 8 Piaster betrug. Alle Forderungen wurden noch am Abend bewilligt.

Jetzt herrscht große Freude unter den Siegern, die sich beim Begegnen Mabruk (allgemeiner Glückwunsch) zurufen, und auch die menschlich fühlenden Europäer beglückwünschen die Kutscher.

Aus Schlesien und Posen.

Schönau, 27. April. Eine rebellische Stadtverordneten-Versammlung scheint dieser Ort zu haben. Bereits am 3. August v. J. hatten die Stadtverordneten den Beschluß gefaßt, an Stelle der Oelgasanstalt eine Aerogen-Gasanstalt zu errichten, und dieser Beschluß wurde vom Magistrat bestätigt. Nach den Ausführungen des Stadtverordneten-Vorstehers glaubt nun der Magistrat, daß der in vorletzter Sitzung gefaßte Beschluß, die Vertragsverhandlungen zu fördern, weiterer Begründung bedürfe. Er hat nun im weiteren Verlauf der Verhandlungen mit 3 gegen 2 Stimmen beschlossen, die Bestätigung dieses Stadtverordnetenbeschlusses abzulehnen mit der Begründung, daß nach der Ansicht der Mehrzahl der Magistratsmitglieder die alte Anstalt noch längere Zeit in der Lage sei, den Bedürfnissen zu genügen, wie der verflossene Winter bewiesen habe, und daß der von einer Anzahl Schönauer Bürger angebrachte Einspruch gegen den Bau einer Aerogen-Gasanstalt ohne weiteres nicht ignoriert werden könne. Die früheren Beschlüsse seien durch die späteren Entschlüsse, so lange mit dem Bau zu warten, bis über die Möglichkeit des Anschlusses an das elektrische Werk in Mauer Klarheit herrscht, unterbrochen worden.

In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde das Verhalten des Magistrats einer scharfen Kritik unterzogen: Der Magistrat habe keine Veranlassung, die früheren Beschlüsse aufzuheben, sondern nach der gegebenen Bestätigung auszuführen. In Anbetracht der Wichtigkeit der Beleuchtungsfrage sei es Pflicht des Stadtverordnetenkollegiums seinen Beschlüssen die Achtung und Beachtung zu verschaffen, die sie verdienen, besonders da nur eine [illegible] Mehrheit des Magistrats Gegner der Angelegenheit sei. Stadtverordneter Beer wies darauf hin, daß schon öfters gefaßte Beschlüsse nicht ausgeführt worden sind, ohne daß der Versammlung Gründe dafür angegeben worden wären. Die fragliche Petition einer Anzahl Bürger stehe aus dem Grunde auf schwachen Füßen, weil der größte Teil der Unterzeichner weder elektrisches Licht noch Gaslicht brennen würde.

Ob der Magistrat jetzt zu Kreuze kriechen wird?

Hirschberg, 29. April. Die Maifeier der Arbeiterschaft wird am Sonntag, den 5. Mai, Nachmittags von 3 Uhr ab in der Andreas'schenke in Cunnersdorf festlich begangen werden. Die Festrede wird Genosse Robert Albert-Breslau halten.

Haynau. Maifeier. Das von der Partei sowie vom Gewerkschaftskartell eingesetzte Maifestkomitee beschloß, daß die diejenigen Genossen und Gewerkschaftsmitglieder, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, sich Nachmittags zu einem gemeinsamen Ausflug vereinigen. Der Treffpunkt ist Nachmittags 1 Uhr im Gasthof „Zur Hoffnung". Das Ziel des Ausfluges wird dort bekannt gegeben. Abends 8 Uhr findet im Gasthof „Zur Hoffnung" eine große öffentliche Maiversammlung statt, in welcher Gewerkschaftssekretär Scholich-Breslau das Referat halten wird. Sonntag, den 5. Mai, findet im Garten und sämtlichen Räumen des Gasthofs „Zur Hoffnung" unter Mitwirkung des [illegible] und Turnvereins ein allgemeines Volksfest statt. Mögen die Genossen für einen würdigen Verlauf des Maifestes, besonders aber für einen guten Besuch der Versammlung sorgen.

Liegnitz. Der 1. Mai wird in Liegnitz auf folgende Weise gefeiert. Diejenigen, die am ganzen Tag feiern können, versammeln sich Vormittags 9 Uhr im Gewerkschaftshause zu einem Spaziergange. Nachmittags 3 Uhr und Abends 8 Uhr finden Versammlungen statt. Die Genossen werden ersucht, sich mit ihren Frauen zahlreich zu beteiligen.

Jauer. Den 1. Mai soll jeder Parteigenosse, der keinen wirtschaftlichen Schaden zu befürchten hat, durch Arbeitsruhe begehen. Um den Genossen Gelegenheit zu einer gemeinschaftlichen Feier zu geben, findet am 1. Mai ein Ausflug nach Dätzdorf statt. Der Abmarsch erfolgt früh 10 Uhr vom „Grünen Adler" aus. Mögen auch die Arbeiter von Jauer zeigen, daß sie den 1. Mai zu würdigen wissen.

Landeshut, 28. April. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurden die Löhne der hiesigen städtischen Arbeiter um 20 Pf. pro Tag erhöht. Auch wurde für Ueberstunden ein kleiner Mehrbetrag bewilligt. — Sind die Zulagen auch nicht dazu angetan, daß die Arbeiter nun „herrlich und in Freuden" leben können, immerhin tragen sie doch ein klein wenig dazu bei, die traurige Lage der städtischen Arbeiter zu verbessern.

Gleiwitz, 29. April. Maifeier. Diejenigen Genossen von Gleiwitz, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen, werden ersucht, sich um 9 Uhr im Gewerkschaftslokal zu einem gemeinsamen Ausfluge einzufinden. Ferner mögen die Genossen für guten Besuch der Abendversammlung um 8 Uhr Sorge tragen. Sonntag, den 5. Mai findet ein allgemeiner Ausflug statt, worüber das nähere noch bekannt gegeben wird.

Zabrze, 27. April. Versammlungen. Am letzten Sonntag fand im hiesigen Gewerkschaftshause eine Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher Kutt-Königshütte einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Komete und Meteore" hielt. — In einer hierauf stattfindenden Holzarbeiter-Versammlung sprach Gauleiter Kaiser-Stuttgart über „Unternehmer-Organisationen und ihre Taktik". An den mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in welcher zu unermüdlicher Arbeit für den Ausbau der Organisation aufgefordert wurde.

—h. **Beuthen OS.,** 29. April. Eine Steinarbeiter-Versammlung, die von sämtlichen Mitgliedern besucht war, tagte am Dienstag im Gewerkschaftslokal zu Roßberg. An Stelle des abgereisten Kollegen Vogel wurde Max Kratzel zum Schriftführer gewählt. Hierauf erstattete Kollege W. Riffer den Bericht der Tarifkommission. Er legte eingehend die Tarifverhandlungen mit der Firma Rosenthal dar. Mancher Kollege werde wohl nicht voll befriedigt sein, aber das Erreichte ist ohne Kampf erreicht worden. Die zehnprozentige Erhöhung auf den fast stahlharten polnischen Stein ist nicht endgültig abgelehnt, sondern hier soll von Fall zu Fall vereinbart werden. In der sehr lebhaften Debatte, an der sich fast alle Mitglieder beteiligten, wurde die Tätigkeit der Tarifkommission allseitig lobend anerkannt. Getadelt wurde, daß die Firma nach Abschluß des Tarifs eine aus dem Jahre 1892 stammende Arbeitsordnung an sämtliche Arbeiter ausgehändigt hat, die neben vierzehntägiger Kündigung für den Sommer die elfstündige und für den Winter die zehnstündige Arbeitszeit vorsieht und außerdem für jede Kleinigkeit Strafen in recht provozierender Höhe. Einstimmig wurde beschlossen, dieses Muster von Arbeitsordnung, die gegen den Tarif sowie die Bundesratsverordnung für das Steinarbeitergewerbe verstößt, der Firma zurückzugeben. Die Tarifkommission soll die Wünsche der Arbeiter zwecks Schaffung einer neuen, zeitgemäßen Arbeitsordnung vortragen und vertreten. Insbesondere soll sie betonen, daß von der 8½stündigen Arbeitszeit unter keinen Umständen abgewichen wird. Alsdann referierte der Vorsitzende über die Maifeier, nach eingehender Debatte wurde einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Ferner wurde beschlossen, den wöchentlichen Beitrag von 50 auf 60 Pfennig zu erhöhen. Die Versammlungen sollen künftig um 7½ Uhr beginnen, damit die im Industriebezirk beschäftigten Kollegen sich daran beteiligen können. Hierauf erfolgt nach Erledigung mehrerer geschäftlicher Angelegenheiten Schluß der interessant verlaufenen Versammlung.

Bromberg, 27. April. Aus der Stadtverordneten-Versammlung. In der letzten Versammlung beschäftigte man sich des längeren mit dem hiesigen Stadt-Theater. Zunächst gab der Stadtverordneten-Vorsteher einen Beschluß der Theater-Deputation bekannt, dem auch der Magistrat beitrat, wonach sie mit den Leistungen des Theater-Direktors, sowie den Darbietungen des künstlerischen Personals während der Spielzeit des letzten Winters vollauf zufrieden sind. Alsdann kritisierte die Versammlung an einer hier erscheinenden bürgerlichen Zeitung herum, welche bei ihrem Rückblick auf die letzte Schauspielsaison sich „erlaubte" an dem Gebotenen eine etwas scharfe Kritik zu üben. Sodann wurden auf Antrag des Magistrats 10,000 Mark zur Beschaffung von neuen Dekorationen für das Stadt-Theater bewilligt.

Neueste Nachrichten.

Deutsche Parlamentarier über die internationale Lage.

Paris, 29. April. „Petit Parisien" veröffentlicht noch einige Urteile deutscher Politiker über die deutsch-französischen Beziehungen. Graf Stolberg-Wernigerode sagt, daß es keinen friedlicher gesinnten Fürsten gebe als Kaiser Wilhelm und führt zur Kennzeichnung der Stimmung in Deutschland Bismarcks Ausspruch an, daß wir saturiert seien. Er fügt hinzu, daß eine Verständigung mit Frankreich für die deutschen Interessen in Marokko sehr wichtig sei. Naumann sagt: Das deutsche Volk wünsche eine gute Beziehung zu Frankreich. Die Gesinnung des Landes sei friedlich. Schon der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland verbürge die Abwehr jeder Erhebung. Es gäbe weder für England, noch für Frankreich, noch für Deutschland einen Grund zu pessimistischen Befürchtungen.

Der Abgeordnete Spahn behauptet, daß die Situation überhaupt niemals kritisch gewesen sei, auch vor zwei Jahren nicht. Deutschland habe jetzt die Devise: Leben und leben lassen. Kein Mitglied des Zentrums würde anderer Ansicht sein.

Mugdan sagt, daß es dem dringenden Wunsche des Volkes entspreche, für den Frieden einzutreten. Wir wollen unsern Handel ruhig weiter entwickeln, dies könne keinen Grund für Verwickelungen abgeben, um so weniger, als Deutschland niemals Frankreich bei dessen ähnlichen Bestrebungen in Madagaskar, Tunis und Tongking gestört habe.

Noch schärfer sprechen sich die Sozialdemokraten Singer und Sebering aus. Für beide ist die Erledigung der sozialen Frage viel zu wichtig, als daß der Gedanke eines internationalen Konfliktes jetzt auftauchen könnte.

Straßenkrawall in Berlin.

Berlin, 29. April. Zwei auf einer Recherche begriffene Kriminalbeamte wurden vor einer Destillation von einer Rotte junger Burschen angegriffen. Während der eine Beamte durch einen Schreckschuß sich seiner Gegner entledigte und Hilfe herbeiholte, umzingelten etwa 300 Menschen den zweiten Beamten, sodaß dieser drohte, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen. Er erhielt einen Stoß gegen den rechten Arm, ein Schuß krachte und streckte den aus Kreuzburg in Schlesien gebürtigen Omnibuskutscher Janus nieder, der unbeteiligt unter die Menge geraten war. Er starb auf dem Wege nach dem Krankenhause. Es wurden 6 Personen in Haft genommen, doch mußten sie wieder in Freiheit gesetzt werden. Der Schießer stellte sich seinem Revierbureau zur Untersuchung.

Ein Vulkan-Ausbruch.

Rom, 29. April. Gestern Morgen vernahm man in Reggio in Calabrien einen schweren, dumpfen Knall, der sich anhörte, als wenn ein Pulverturm in die Luft gesprengt wird. Kurz darauf bemerkte man eine schwarze Rauchwolke, die in nordöstlicher Richtung dem Meer zu entsteigen schien. Doch zeigte es sich später, daß der Knall von dem Vulkan Stromboli seinen Ausgang genommen hatte. Von den Reggio überragenden Höhen sah man eine Wolke in der Form einer ungeheuren [illegible] eine mehrere hundert Meter hohe Rauchsäule [illegible]. Aus Stromboli [illegible] die Nachricht ein, daß der Vulkan nach kurzer Ruhe sich mit starker Heftigkeit wieder geregt habe. Die aufsteigende Rauchmasse erzeugt einen großen Luftdruck, der an Häusern und Villen schweren Schaden anrichtet. Die Bevölkerung von Reggio zeigte sich anfangs sehr besorgt, beruhigte sich aber bald wieder.

Zum Kampf der englischen Frauen.

London, 29. April. Im Hyde-Park fand am Sonntag ein Meeting von Frauenrechtlerinnen statt, in welchem eine Resolution angenommen wurde, in der das Parlament ersucht wird, einen Gesetzentwurf anzunehmen, der die Frauen von der Steuerzahlung befreit. Nach dem Meeting gelang es den Frauenrechtlerinnen nur unter sehr großen Schwierigkeiten den Hyde-Park zu verlassen, da mehrere tausend Männer und junge Burschen sich ihnen entgegen- und sie auspfiffen. Die Polizei mußte einschreiten um den Frauen den Weg zu bahnen.

Plauen (Vogtl.), 28. April. Heute Nacht ist in Bad Elster das Hotel „Wettiner Hof", das größte Hotel in Bad Elster, aus dem seinerzeit die Prinzessin Luise von Koburg flüchtete, vollständig niedergebrannt. Es ist wenig gerettet worden. Menschen sind nicht verunglückt.

Briefkasten.

H. L., Humboldtstraße. 1. Die Standesämter bestehen seit dem Jahre 1875. Wenden Sie sich an das Standesamt hier, Malergasse. 2. Sie müssen den Gemeindevorstand bezw. den Magistrat desjenigen Ortes um Auskunft ersuchen, in welchem sich Ihre Schwester seiner Zeit aufgehalten hat.

P., Kattowitz. Die Unterstützungen, welche Sie der Mutter zahlen, können Sie von Ihrem steuerpflichtigen Einkommen nicht in Abzug bringen.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 1. Mai:

Große Volks-Versammlungen. Vormittags 9 Uhr und Abends 8 Uhr im großen Saale.

Sonntag, den 5. Mai:

Großes Maifest. Nachmittags 4 Uhr.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 8 (Odertor).

Montag, den 29. April, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Distriktslokal. Jeder Bezirksführer hat auch zu erscheinen.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).

Dienstag, den 30. April: Zusammenkunft der Bezirksführer.

Land-Distrikt 2.

Jeden Montag, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft im bekannten Lokale.

Ohlau. Große öffentliche Volksversammlung Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, im Gasthof zur Stadt Oels, F. Schmidt. Tagesordnung: 1. Der 1. Mai; Referent: Oskar Schütz. 2. Freie Diskussion. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Neumarkt. Volks-Versammlung Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr: „Der erste Mai und seine Bedeutung für die Arbeiterschaft". Referent: Redakteur G. Wolff-Breslau. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Einberufer.

Reichenbach. Große öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, im schwarzen Bär, Niederstadt. Referent: Genosse Radlof-Breslau.

Schweidnitz. Maifeier 1907. Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr: Volksversammlung im Zeltgarten. Tagesordnung: Was fordern die klassenbewußten Arbeiter aller Länder am 1. Mai? Referent: Genosse Fritsch-Liegnitz.

Striegau. Maifeier. Mittwoch, den 1. Mai, früh 5 Uhr, treffen sich die feiernden Genossen, die an einem Morgenspaziergang teilnehmen wollen, im Schießkretscham. Vormittags 9 Uhr folgt dann von der Bierquelle aus ein Spaziergang mit Familie. Abends 7½ Uhr findet eine Versammlung in der Bierquelle statt. Referent ist Genosse Zimmer-Breslau.

Striegau. Großes Maifest. Sonntag, den 5. Mai, Nachmittags 3 Uhr: Konzert, Preisschießen und Abends Tanz in der Bierquelle.

Jauer. Oeffentliche Volksversammlung. Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum grünen Adler. Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Genosse Grunow-Breslau.

Freiburg. Große Mai-Versammlung Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, in der Germania, für Männer und Frauen. Referent: Genosse Feldmann.

Altwasser. Oeffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen Mittwoch, den 1. Mai, Abends 7 Uhr, im Deutschen Kaiser. Tagesordnung: Der 1. Mai, die Arbeiter und das Bürgertum. Referent: Reichstagsabgeordneter Hermann Sachse. Diskussion. Entree: Männer 10 Pf., Frauen 5 Pf.

Altwasser. Maifeier. Diejenigen Genossen, welche am 1. Mai feiern und gewillt sind, an einem Spaziergang teilzunehmen, wollen sich früh um 8 Uhr im Gasthof zum Stern einfinden. Der Ort des Ausflugs wird erst dort bekannt gegeben werden.

Gottesberg, Fellhammer, Altlässig. Große öffentliche Versammlungen. Mittwoch, den 1. Mai, Vormittags 9 Uhr, bei Springer in Altlässig und Nachmittags 5 Uhr bei Wildmann in Hinterfellhammer. Ref.: Sachse-Bochum und Tarl-Breslau. Tagesordnung: Der 1. Mai und die Arbeiterklasse.

Goldberg. Große Maiversammlung. Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, im Gasthof zum Neuen Hause. Tagesordnung: Warum feiern wir den 1. Mai? Referent: Genosse Julius Pollmann-Breslau.

Goldberg. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend, den 4. Mai, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthof zum Neuen Hause. Tagesordnung: Warum müssen wir uns politisch organisieren? Referent: Parteisekretär Gustav Scholich-Breslau.

Landeshut. Maifeier. Mittwoch, den 1. Mai, früh findet ein gemeinsamer Spaziergang statt. Treffpunkt ist 6½ Uhr im Gasthof zur Krone. Abends 8 Uhr findet im vorbenannten Lokal eine große Maiversammlung statt. Referent ist Genosse Wilhelm Schönwälder. Genossen, erscheint in Massen, damit auch wir in Landeshut zeigen, daß uns der Gedanke des 1. Mai in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Hirschberg. Gewerkschaftskartell. Dienstag, den 30. April, Abends 8 Uhr: Sitzung in der Andreasschenke.

Sagan. Maifeier. Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr: Große Maiversammlung in Hermanns Gasthof in [illegible]. Thema: Warum feiert die klassenbewußte Arbeiterschaft den 1. Mai. Referent: Genosse Stolze-Görlitz.

Neustadt. Maifeier-Versammlung Mittwoch, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Sonntag, den 5. Mai, bei günstigem Wetter, gemeinsamer Spaziergang vom Vereinslokal, [illegible] 10, aus. Abmarsch früh 7½ Uhr.

Beuthen OS. Die Sprechstunden des Arbeitersekretariats finden jeden Dienstag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5½ Uhr Nachmittags bis 7½ Uhr Abends im Gewerkschaftslokal, Groß-Dombrowkaerstraße 6, statt.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — [illegible] — Verlag von [illegible] — Druck von [illegible]
[illegible]

Breslau (Land)-Neumarkt Maifeier 1907.

Arbeiter! Parteigenossen! Zur **Demonstration** für den **Achtstundentag** und den **Völkerfrieden** finden in unserem Kreise am **1. Mai** folgende Kundgebungen statt:

Die am 1. Mai die Arbeit ruhen lassen, versammeln sich vormittags 9 Uhr im „Gewerkschaftshaus", Margaretenstraße 17.

Nach der Versammlung: **Ausflug nach Mariahöfchen** in das Lokal von **Müller.**

Abends 8 Uhr

Volksversammlungen in folgenden Orten und Lokalen:

Oswitz, Gerichtskretscham bei Kipke
Pöpelwitz, Hansel, Berliner-Chaussee 117/19
Mariahöfchen, Müller
Gräbschen, Flöter
Opperau, Niewiteckie
Gross-Tschansch, Zappe
Neumarkt, „gelben Löwen"

Die **Tagesordnung** in allen Versammlungen lautet:

Der 1. Mai und die Arbeiterschaft.

Referenten sind die Genossen: Mehrlein, Philipp, Schmidt, Senk, Widera, Wolff u. Zigon.

Sonntag, den 5. **Mai**, nachmittags von 4 Uhr ab in **Mariahöfchen** bei **Müller:**

Grosses Mai-Fest.

Programme für dieses Fest sind von **Sonnabend, den 27. April** ab bei den **Distrikts-** und **Bezirksführern** zu haben.

Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt dafür, daß die Beteiligung an der Maifeier eine imposante wird.

Rüstet zum 1. Mai!

Stadt-Theater.
Montag: „Der Postillon von Lonjumeau".
Dienstag: Wagner-Cyklus. 5. Zyklusabend. Abends 7 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg".
Mittwoch: Wagner-Cyklus. 6. Zyklusabend. „Der Ring des Nibelungen". Vorabend: „Das Rheingold".

Lobe-Theater.
Montag: „Die lustige Witwe"
Dienstag: Letztes Gastspiel Wilhelm Güller: „Inspektor Geiske". Dienstag: „Bademeister".

Thalia-Theater.
Montag: Gastspielvorstellung Franz L. v. Freienfeld: „Fortunatus als Spielmann".

Schauspielhaus
Montag, 7½ Uhr: „1001 Nacht".
Dienstag, 7½ Uhr: „Die schwarze Gilberte".

Liebich's Etabl.
Zur brillanten April-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Stadtpark-Garten).
Gastspielen Lina Leistner
11 Attraktionen.
Anfang 7½ Uhr
Jeden Montag gültig.

Feuerversicherung
bequeme Zahlungserleichterung auch für Mieter, vermittelt: Ernst Zahn, Schweidnitzerstraße 3, III.

Schrankbetten [illegible]
Sofa's Spottbillig [illegible]
Ich kaufe [illegible]
A. Kupke, Friedrichstraße [illegible]
Fl. Batavia-Arrak, Jamaica-Rum, Kognak, Punsche u. Likörweine empfiehlt [illegible]
Edwin Jelaken [illegible]
Stamm-Seidel [illegible] **Otto Nikisch,** [illegible]
Möbel Spiegel, Polsterwaren [illegible] **Neue Wiegeeinrichtungsgeschäft** [illegible]
F. Fenner, [illegible]

Bade- und Heilanstalt [illegible] **Adolf Brünn** Zirkelstraße, Zweigstraße.
Geld für Pferde [illegible]

Karl Müller Zirkelstraße, Steinweg 7/8.
Tabl- u. Zigarrengeschäft [illegible]

Verkaufsbüro Zimmerstraße.
Breslauer Schauspielhaus
Heute Montag, den 29. April, abends 8 Uhr
1. Vorstellung
„1001 Nacht"
Operette in 3 Akten von Johann Strauss
zu halben Preisen.
Vorverkauf im Verkaufsbüro Zimmerstraße, Reisebüro der Breslauerstraße und an der Abendkasse.

Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter!
Donnerstag, den 30. April, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus", Zimmer 3/4, eine **außerordentliche Sitzung** der Bauhandwerkerabteilung statt.
Tagesordnung: 1. Der Streikstand in den Firmen Wilhelmstraße 28 und [illegible] 2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Die Bauhandwerkerabteilung.

Jüdischer Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Breslau.
Mittwoch, den 1. Mai 1907, früh 9 Uhr, findet in dem großen Saale des „Zentral", Albrechtstraße 27, eine **öffentliche Versammlung** statt.
Tagesordnung:
„Warum feiern wir den 1. Mai?"
Alle Kollegen, welche an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen, werden ersucht, an dieser Versammlung, wenn an dem sich anschließenden
Allgemeinen Mai-Ausflug
teilzunehmen.
Die Ortsverwaltung.

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei & leiden nicht an Verdauungsstörung.
Kufeke's Kindermehl
Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhoe etc.

Den werten Partei- und Gewerkschaftsgenossen des Bezirkes empfehlen wir unsere **Barbiergeschäfte.** Zugleich geben wir hierdurch bekannt, daß unsere Geschäfte wegen
Maifeier
am Montag geschlossen bleiben.
Rud. Sommer, Kurzgasse 39.
Ernst Kunzke, Teuchenstraße 35.
Johann Nachtigall, Tischlerstraße 7.
Walter Winkler, Teuchenstraße 33.
Die Forderungen der Gehilfenorganisation haben wir bewilligt. 2129

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
geschmackvolle Qualitäten, vorzüglich im Brand u. Geschmack
100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 1061
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft: Breslau, Neumarkt 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schweidnitzerstraße, Sonnenstraße 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Blücherstraße 77.

Weit-Rad
anerkannt beste Maschine zu mäßigem Preis.
Zwei Jahre Garantie.
Installation gratis und franko. — Bei Ankauf höchster Rabatt. Gute Räder werden in Zahlung genommen.

300 Fahrräder am Lager.
Spezial-Räder in nur bester Ausführung mit voller Garantie, zu 55, 62, 71, 76, 83 Mk.
Größte Neuheit:
Leichtes Neckarsulmer Motor-Rad.
30 kg. — 1½ HP. — 40 km pro Stunde.
Luftpumpen M. 3,40 | Vorrat.-Schläuche M. 1,90
Fahrpumpen „ 0,80 | Lenkstangen „ 2,35
Schutzhüllen „ 0,36 | Gummiflecke per Tube „ 0,12
Max Jul. Hoffmann, Blücherstr. 14, nahe Gabitzstraße.
Jedes Rad garantiert. — Große Reparaturwerkstatt.
Sommer in allen Farben unter günstigen Bedingungen gefertigt.

Beilage zu Nr. 100 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 30. April 1907.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung. Sonnabend, den 27. April, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: **Kraetke.**

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Postetats nebst den dazu gestellten Resolutionen Ablaß (frs.) auf 1½fache Anrechnung des Nacht- und Sonntagdienstes und auf Verbesserung der Gehalts- und Avancementsverhältnisse der mittleren und unteren Postbeamten; Hompesch (Ztr.) auf Einstellung von Massenlieferungen von Drucksachen an Sonntagen und früheren Schluß der Annahmeschalter für Paketauslieferungen an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen; Ortel (natl.), von Gersdorff (kons.) und Freiherr v. Gamp-Massaunen auf Gewährung von Ostmarkenzulagen an die Postbeamten.

Abg. Dr. **Droescher** (kons.) begrüßt das glänzende Ergebnis des Postetats, spricht sich gegen Herabsetzung des Ortsportos aus, obwohl die Erhöhung nicht die erwarteten Resultate gebracht habe. (Hört, hört! links.) und ist für Aufbesserung der Gehalts-, Avancements- und Urlaubsverhältnisse aller Postbeamten, namentlich auch der höheren. (Bravo! rechts.)

Abg. **Kaempf** (freis. Vp.) wünscht die Herabsetzung des internationalen Portos, beklagt die Erhöhung des Ortsportos, macht darauf aufmerksam, daß mit der Herabsetzung des Portos der Briefverkehr gewaltig steige, und tritt für die Einführung des Postscheckverkehrs ein. (Bravo! links.)

Staatssekretär **Kraetke**: In Oesterreich und der Schweiz hat sich der Postscheckverkehr gut bewährt; aber die Bedingungen, die der Reichstag an seine Einführung in Deutschland knüpfen wollte, waren unannehmbar. Hoffentlich hat eine neue Vorlage ein besseres Schicksal. Nicht immer verdeckt die Vermehrung der Korrespondenz den [illegible] fall durch herabgesetztes Porto. Den Wünschen des Dr. Dröscher auf Ermäßigung der Fernsprechgebühren auf dem platten Lande kommen wir gern entgegen.

Abg. Frhr. v. **Gamp**-Massaunen wünscht ein Postsparkassengesetz, ist gegen Herabsetzung der internationalen Portosätze, beklagt, daß nicht auch das Porto für Ortsbriefe erhöht worden sei, verlangt Verbesserung des Telephonverkehrs auf dem Lande und befürwortet Ostmarkenzulagen.

Reichsschatzsekretär Frh. v. **Stengel** behält sich seine Stellungnahme zur Ostmarkenzulagenresolution für die dritte Lesung vor.

Abg. **Hamacher** (Ztr.) erklärt sich gegen Herabsetzung der Portosätze, wünscht weitere Beschränkung der Sonntagsarbeit, stimmt der freisinnigen Resolution auf 1½fache Anrechnung der Sonntags- und Abendarbeit zu, wünscht Regelung und Vereinfachung der Tarife sowie Einführung von Briefmarkenautomaten und bringt Wünsche der einzelnen Beamtenkategorien vor. Tief bedauerlich ist es, daß den Postdirektoren noch nicht der Rang der Räte 4. Klasse gegeben worden ist und man den Telegraphenarbeitern außer der wohlverdienten Lohnerhöhung auch die Titulatur „Postbote im Telegraphendienst“ vorenthält. — Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist an sich nützlich, gut und angebracht; ganz verwerflich aber ist es, wenn Postbeamte amtlich die Wahl von Zentrumsmännern bekämpfen und als wenig angemessen muß es auch bezeichnet werden, wenn in Postämtern Sammellisten für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie aufgelegt werden, zumal dieser Verband im innersten Grunde ja auch das Zentrum bekämpft. Ganz entschieden muß ich mich gegen die Antastung des Koalitionsrechts wenden. Die preußischen Minister sind allerdings keine Freunde des Koalitionsrechts der Beamten, man denke an Herrn v. Rheinbaben. (Präsident Graf **Stolberg**: Das gehört ins preußische Abgeordnetenhaus. Sehr richtig! rechts.) Ich bitte den Staatssekretär, das System der Ausschüsse, das sich bei den Arbeitern bewährt hat, auch im Postdienst einzuführen.

Abg. **Duffner** (Ztr.) verspricht, sich kurz zu fassen und spricht etwa eine Stunde, von fortwährenden Schlußrufen unterbrochen, über 30 bis 40 mit dem Postdienst direkt oder indirekt, oder ganz indirekt in Beziehung stehende Fragen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Montag 1 Uhr. (Die drei Beamtengesetze, Fortsetzung der Beratung des Postetats.)

Schluß 4½ Uhr.

Das Abgeordnetenhaus

setzte am Sonnabend die dritte Lesung des Etats [illegible] fort. Beim Kultusetat kam [illegible] Reihe von Einzelfragen zur Sprache [illegible] ein Antrag [illegible] Unterrichtsministers besonders [illegible] hat. [illegible] auf die jüdischen Volksschullehrerinnen in Berlin, im Fall Cesar, dem die Bestätigung als Geistlicher in Dortmund zu wirken, versagt wurde, nachdem er zehn Jahre lang als solcher in der westfälischen Landeskirche tätig gewesen war usw. Das Wengeschrei des Abgeordneten Cassel (Frs. Vpt.) über den drohenden Untergang der humanistischen Gymnasien provozierte dann sofort den Schlußantrag.

Beim Ministerium des Innern wurde der bekannte Erlaß des „liberalen“ Polizeiministers von Bethmann-Hollweg lebhaft kritisiert, der es dem Beamten verbietet, sich mit ihren persönlichen Beschwerden an Abgeordnete zu wenden. Der Zentrumsabgeordnete Schmedding sprach zu Beginn der Erörterung die Annahme aus, daß der Erlaß, wie er durch die Zeitungen gegangen sei, nur ein Aprilscherz gewesen sein möchte. Der Minister hielt jedoch in seiner Erwiderung den Erlaß voll aufrecht und gab ihm eine langatmige Erläuterung bei, die ungefähr besagte, daß über allgemeine Mißstände die Beamten den Abgeordneten nichts mitteilen dürften, weil sie Gegenstand der Amtsverschwiegenheit seien, daß dagegen mit persönlichen Beschwerden über ihr Dienstverhältnis die Beamten Abgeordnete deshalb nicht angehen dürften, weil das ein Bruch der Disziplin sei. Dies hüllte der „philosophisch“ veranlagte Herr Minister in einen so großen Wortschwall ein, daß zum Schlusse die Redner aller Parteien erklären mußten, sie verstünden weder den Wortlaut des Erlasses, noch seine Interpretation. Die Tatsache, die der Zentrumsredner erwähnte, daß die Abgeordneten jetzt nur noch anonyme Beamtenbeschwerden bekommen, sollte sie doch aber über Sinn und Bedeutung der Maßregel aufklären, die die Beamtenschaft ebenso herabwürdigt wie das Parlament. Sonst jammerte noch der konservative Abgeordnete von Wentzel über die angebliche Mißhandlung der englischen Streikbrecher in Wilhelmsburg bei Hamburg auf preußischem Gebiete. Von Bethmann versprach ihm das Unmögliche: in Zukunft die Arbeitswilligen, diese wertvollen Elemente, aus Nationalinteresse importiert aus dem Londoner Eastend oder aus Galizien, noch mehr zu schützen und noch besser zu behüten, als das bisher schon in Preußen geschehen ist.

Beim Etat der Eisenbahnverwaltung wiederholte der Freiherr von Brandenstein seine Beschwerden über die zerlegbaren Hemden, die Röllchen und schlechten Zigarren der freifahrenden Bahnbeamten — die Reichstagsabgeordneten zog er heute nur noch andeutungsweise hinein, indem er Erinnerungen von Johann Most aus der Jugendzeit der Parteibewegung zum Besten gab. Nach dem greulichen Unsinn, den er verzapfte, wollten die Konservativen gern Schluß machen; die Mehrheit verschlief aber gar schon den Schlußantrag, und so blieb denn dem Präsidenten von Kröcher nichts anderes übrig, als kraft präsidentieller Selbstherrlichkeit zu verkünden, daß die Debatte geschlossen sei.

Dann ging es an den Etat der Bauverwaltung. Ein freikonservativer Antrag, wonach die Regierung bei staatlichen Bauten die Beschäftigung inländischer minderjähriger Arbeiter verbieten sollte, fand allgemeine Zustimmung. Vom Auslande her darf also die Regierung sich billige Kinderarbeit verschaffen. Minister Breitenbach ging über die Wünsche der Antragsteller noch hinaus und versprach bei staatlichen Bauten möglichst nur ausländische Arbeiter heranzuziehen, damit nicht durch die vermehrte Nachfrage die Löhne der deutschen Arbeiter steigen. Eine solche Tatsache sollte man denen entgegenhalten, die der Sozialdemokratie einen Vorwurf daraus machen, daß sie den Etat ablehnt. Nach längeren Debatten über Berliner Lokalschmerzen, die Entlastung des Potsdamer Platzes und die Erhaltung des Botanischen Gartens wurde dann der Etat der Bauverwaltung und der des Finanzministeriums bewilligt. Den Rest des Etats und das Etatsgesetz verramschte man dann rasch in Bausch und Bogen, und so ging nach stebenwürdiger Akkordarbeit die Etatsberatung glücklich zu Ende.

Montag stehen die Sekundärbahnvorlagen auf der Tagesordnung.

Bildungsfragen in der Arbeiterschaft. Eine von der Parteileitung der Leipziger Reichstagswahlkreise und den Gewerkschaften einberufene Versammlung beschloß die Gründung eines Arbeiterbildungs-Instituts für Leipzig, dessen Zweck sein soll, die Arbeiterschaft auf politischem Gebiet im Geiste des wirtschaftlichen Sozialismus aufzuklären. Dies soll durch systematische Unterrichtskurse, durch Aufführung geeigneter Theaterstücke, Auslegung von Jugendschriften und sonstiger Bestrebungen, die die Ausbildung der Arbeiterschaft zum Ziele haben, erfolgen. Die Kosten sollen gemeinschaftlich von der Partei und den Gewerkschaften getragen werden. Die Verwaltung besteht aus einem 7 gliedrigen Komitee.

Verfolgung der Parteipresse. Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“, Genosse Franz Weber, wurde von der 4. Strafkammer des Landgerichtes I Berlin wegen öffentlicher Beleidigung des Präsidenten der Königlichen Eisenbahndirektion Essen zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Wochen Gefängnis beantragt.

Siegesfeier in Zürich. In einem riesigen Demonstrationszuge mit 8000 Teilnehmern, 2 Musikkapellen und den Vereinsbannern gab am Montag die Züricher Arbeiterschaft der Freude über ihren glänzenden Wahlsieg öffentlichen Ausdruck. Vor der Redaktion des Volksrecht waren 10,000 Personen versammelt, an die unsere Genossen Pfarrer Pflüger, Dr. Erismann und Greulich begeisterte Ansprachen zur Feier des Ereignisses hielten und womit die ganze Kundgebung ihren befriedigenden Abschluß fand.

Arbeiterbewegung.

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Holzindustrie dauern fort. Die beiden Zentralvorstände des deutschen Holzarbeiterverbandes und des Arbeitgeber-Schutzverbandes der deutschen Holzindustrie haben in ihrer ersten gemeinschaftlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, nach Abschluß der jetzigen Verhandlungen öftere gemeinsame Sitzungen abzuhalten, um zu allgemeinen Streitfragen Stellung zu nehmen.

Die erste dieser Sitzungen nach Beilegung der jetzigen Differenzen ist bereits für den Monat Juni festgesetzt, und zwar soll sie in Eisenach stattfinden. Voraussichtlich wird in derselben hauptsächlich über die Frage des Arbeitsnachweises verhandelt werden, um, wenn möglich, ein einheitliches Regulativ zu vereinbaren. Aber auch über die Lohnfrage und Arbeitszeit glaubt man in absehbarer Zeit an die Festsetzung gewisser einheitlicher Normen herantreten zu können.

Im übrigen wurde in der Sitzung völlige Uebereinstimmung beider Parteien darüber erzielt, daß Streitigkeiten in Zukunft möglichst dadurch verhütet werden sollen, daß vor Ausbruch eines Streiks oder einer Aussperrung die beiden Zentralvorstände gewissermaßen als zentrales Schiedsamt zur Vermittelung angerufen werden müssen. Die Sitzungen der beiden Vorstände werden in den nächsten Tagen noch fortgesetzt.

Die Leipziger Holzindustriellen beauftragten ihre Delegierten zu den am 29. April in Berlin stattfindenden Einigungsverhandlungen für eine mäßige Lohnerhöhung, aber keine Arbeitsverkürzung einzutreten.

Die Einigungsverhandlungen im Berliner Holzbearbeitungsgewerbe vor dem Einigungsamte sind ergebnislos verlaufen, da beide Parteien jedes Entgegenkommen ablehnten. Der Schiedsspruch, der für Montag angesetzt war, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Zum Berliner Bäckerstreik. Die Bäckerinnungen Berlins und der Vororte lehnen die Vermittlung des Oberbürgermeisters ab.

In Charlottenburg sind die Müllkutscher, weil sie ihrem Arbeitgeber einen neuen Lohntarif unterbreitet haben, am Donnerstag ausgesperrt worden. Es sind 150 Mann beteiligt, die sämtlich im Transportarbeiter-Verband organisiert sind.

Ein Reinfall. Die „Nationalztg.“ veröffentlicht kreuzvergnügt ein „geheimes“ Zirkular des Holzarbeiterverbandes inbetreff der Maifeier. Der „Vorwärts“ gibt dem Organ den guten Rat, für dieses „geheime Zirkular“ keinen Zeilenpreis dem betreffenden Ueberbringer zu zahlen, denn das geheime Aktenstück hätte sie schon in Nr. 17 der „Holzarbeiterzeitung“ ohne Unkosten abdrucken können.

Ein allgemeiner Maurerstreik ist in Bamberg ausgebrochen, weil die Unternehmer die minimalen Forderungen der Arbeiter schroff ablehnten. Alle Bauten liegen still.

Die Arbeiter der Gasfabrik in Forchheim stehen in einer Lohnbewegung. Da ihre Forderungen nicht bewilligt wurden, haben sie die Kündigung eingereicht.

Die Pflasterer Bayreuths sind seit acht Tagen ausgesperrt. Sie haben keinerlei Forderungen gestellt, sondern weigerten sich nur, sich zu verpflichten, in diesem Jahre keine Forderungen zu stellen. Darauf wurden sie auf die Straße geworfen. Die Unternehmer suchen besonders aus Norddeutschland Ersatz heranzuziehen.

Partei-Angelegenheiten.

Die beleidigte Schutztruppe. Vor einiger Zeit berichteten wir, daß die Dortmunder Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Arbeitersekretär Wilhelm Arnswald aus Bochum Anklage erhoben hat wegen Beleidigung der Schutztruppe. Genosse Arnswald soll das Staatsverbrechen begangen haben als Redner in einer Reichstagswähler-Versammlung am 13. Januar in Frohlinde. Am Donnerstag sollte vor der Dortmunder Strafkammer die Hauptverhandlung stattfinden. Genosse Arnswald wendete gegen die Anklage ein, er habe sich lediglich referierend verhalten und sich auf die Rede Bebels gestützt, die dieser am 1. Dezember 1906 im Reichstage gehalten habe. Die wahrheitsgetreue Wiedergabe von Reichstagsreden sei aber nicht strafbar. Es erfolgte schließlich Vertagung der Sache. Der stenographische Reichstagsbericht soll daraufhin geprüft werden, ob Bebel wirklich die Kolonialskandale in seiner Rede zur Sprache gebracht hat. Ferner soll auch der Kolonialdirektor Dernburg über die Vorgänge gehört werden.

Stadt-Theater.

Matinee zum Besten der Pensionsanstalt der Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger

Wenn man gewohnt hatte, daß am Sonntag [illegible] der ersten [illegible] der Saison [illegible] mit einer Pfauenfeder auf dem Hut und [illegible] auf der [illegible] als „Talent“ [illegible] wurde, wäre vermutlich das Haus ausverkauft gewesen. Da es sich aber „nur“ um ein Konzert für die Bühnengenossenschaft handelte, wies das Parkett nur wenige besetzte Reihen auf. Man [illegible] man den [illegible] aller Mühe [illegible] hätte ausgemacht werden können. [illegible] der Maja [illegible] und man kann [illegible]

[illegible] sich wieder [illegible] an seinem [illegible] Wenn [illegible] recht und billig [illegible] die Künstler [illegible] Wohltätigkeitskonzerten [illegible]

[illegible] der Intelligenz auch nicht mit besser [illegible] anderen Punkte auf [illegible] nach [illegible] Absage [illegible] Nobow [illegible]

[illegible] Cons mit allen Künstlern [illegible] Ausführung [illegible] der Bühne [illegible]

Von den Sängern schossen Frau Berbunt und Herr Ober den Vogel ab. Die Künstlerin, die ausgezeichnet bei Stimme war, ließ das Bedauern aufkommen, daß die Oper „Aida“, aus der sie die Arie des ersten Aktes sang, dieses Jahr auf dem Spielplan fehlte. Herr Ober ist der geborene Konzertsänger [illegible] willig und gibt baritonale Töne von [illegible] einen Rollen [illegible] Dabei [illegible] Französisch und Italienisch ausgezeichnet. Was [illegible] „Tage [illegible]“ bei einer Matinee [illegible] kann nur damit entschuldigt werden [illegible] Serades und gestern der Triftan zu singen [illegible] Zimmerischen Rattenfängerliedes [illegible] Vortrag [illegible] den „heimlichen Aufforderung“ [illegible] Fräulein [illegible] Lieder von Schubert und Brahms mit Geschmack und Empfindung, die Herren [illegible] und [illegible] Herr Bulle [illegible] mit sehr wirksamen [illegible] allbekannte Gedichte von Baumbach und [illegible] Schnoken anderer Autoren vor und erhielt [illegible] nach Zugaben [illegible] „Der Troubadour“ von Hans Müller [illegible] entbehrt das Stückchen entbehrt oder eine große Anzahl [illegible] Gefahrenstube [illegible] Rahmen ab [illegible] Fräulein Hammer, die Herren Müller [illegible] Geh. [illegible]

Aus aller Welt.

Ein hartes Urteil. [illegible] aus der Begründung eines Urteils, das der erste Strafkammer des Chemnitzer Landgerichts gegen eine Marktfrau, wegen [illegible] dieser Tage erhalten hat. [illegible] hat zehn Kinder, das älteste Kind ist [illegible] erwerbsunfähig [illegible] ihm erworben, seine Stellung zu erhalten. Er führte einige Jahre [illegible] und wurde deshalb zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In dieser [illegible] Mutter [illegible] Diese wurde nun [illegible] Anklage gestellt und zu [illegible] Monaten Gefängnis [illegible] dreijährigem Ehrverlust verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß Not nicht die Triebfeder zur Handlungsweise der Angeklagten gewesen sein könne. — Wo soll auch in einer Arbeiterfamilie von 12 Köpfen die Not herkommen? Die Arbeiter haben ja so hohe Löhne, daß sie kaum wissen, was anfangen mit dem vielen Gelde.

Schnee im Frühling. Recht unfreundliche Witterung ist in der Nacht zum Sonnabend in manchen Teilen Deutschlands wieder aufgetreten; überall hofft man auf wärmeres Wetter mit mehr Sonnenschein und der Himmel bringt statt dessen Schnee und Sturm. Ueber Remiremont (französische Vogesen, etwa 100 Meter hoch) ging ein heftiges, von Blitz- und Donnerschlägen und starkem Schneefall begleitetes Unwetter nieder. Die Vorderpfalz ist durch starken Schneesturm heimgesucht worden. Der an den Pflanzen angerichtete Schaden ist noch nicht übersehbar. Die Fernsprechleitungen sind schwer beschädigt. Auch am Oberrhein und im Schwarzwald [illegible] wie aus Freiburg gemeldet wird, starke Gewitter und Schneefälle; und in Karlsruhe herrscht nach heftigem Sturm in der Nacht, der großen Schaden an Bäumen angerichtet hat, seit heute Morgen starker Schneefall. Aus Koburg wird gemeldet, daß dort bereits in der vergangenen Nacht und heute früh starker Schneefall lag und daß die Thüringer Berge wieder ein winterliches Bild zeigen.

Alles verloren. [illegible] der Naturmensch Gustav Nagel in Arendsee, der vor einiger Zeit bereits ein ganz ansehnliches Barguthaben besaß, sein wirtschaftlicher Niedergang ist wohl in der Hauptsache auf seinen Übermut zurückzuführen. [illegible] Gläubiger [illegible] hat sein bescheidenes Eigentum [illegible] als auch sein Sonnenbad auf Abbruch [illegible] verkauft werden. In wahrem Sinne des Wortes nackt und bloß hat der Naturmensch tränenden Auges die Stätte verlassen müssen, von der er sich eine glänzende Zukunft zum Wohle der Menschheit versprochen hatte. Er ist nach Hannover gewandert, wo er bei einem Freunde Unterkunft gefunden hat.

Am Tatort. Rechtsanwalt Hau, der mutmaßliche Mörder seiner [illegible] Schwiegermutter, wurde gestern nach Baden-Baden gebracht und im Beisein seines Verteidigers an den Tatort geführt und vom Staatsanwalt vernommen. Abends wurde Hau nach Karlsruhe zurücktransportiert.

Eine „polizeiliche Niederlage“. [illegible] „Niederlage“ erlitt dieser Tage ein Schutzmann in Hannover. Er wollte mit einem in Fahrt begriffenen Straßenbahnwagen abspringen, [illegible] und drehte sich auf dem Trottoir [illegible] Verdacht [illegible] gerade nicht sehr [illegible] Schutzmann [illegible] Polizeivorschriften, die bekanntlich das Abspringen von einem im Gange befindlichen Straßenbahnwagen verbieten, nicht befolgt. [illegible] „gewiebert“

In den Offenbacher Maschinenfabriken sind Sonnabend 1700 Metallarbeiter in den Ausstand getreten.

Infolge des Beschlusses der im Deutschen Metallarbeiterverbande organisierten Metallarbeiter der Offenbacher Metallindustrie werden, wie verlautet, die Fabrikanten mit einer allgemeinen Aussperrung antworten.

Bauarbeiterstreik in Erfurt. Siebzehnhundert Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter haben definitiv die Angebote der Arbeitgeber abgelehnt. Der Gesamtausstand ist dadurch unvermeidlich geworden. Vierhundert Mann haben die Arbeit bereits niedergelegt.

Friede in Oberschöneweide. Der seit vielen Wochen währende Streik der Metallarbeiter in den norddeutschen Eisenwerken zu Oberschöneweide ist durch Verhandlungen beigelegt worden. Der Metallarbeiterverband hat die Sperre über den Betrieb aufgehoben.

Unternehmer-Protzen. Die Arbeitgeber der Caféhauskellner und die Restaurateure haben mit 199 gegen 14 Stimmen den Schiedsspruch eines Friedensrichters, den die Regierung angeregt hatte, verworfen. Als Antwort auf das herausfordernde Benehmen der Unternehmer sind am Sonnabend 2000 Köche und Küchenjungen in den Ausstand getreten.

Ungarischer Bergarbeiterstreik. Aus Petroszeny wird gemeldet: Der Streik der Bergarbeiter auf den Lupenyer Bergwerken der Uritany-Zsilvölgyer Kohlenbergwerksgesellschaft gewinnt an Ausdehnung. Sämtliche Arbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen. Eine Kompagnie Infanterie ist eingetroffen. Die eingeleiteten Ausgleichsverhandlungen sind gescheitert.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. April.

Geschichtskalender.

29. April.

1792 Ankarström wegen des Attentats auf Gustav III von Schweden geköpft.
1806 Der Arzt und Dichter Ernst von Feuchtersleben in Wien *.
1842 Der Komponist Karl Millöcker in Wien *.
1883 Hermann Schulze-Delitzsch, der Begründer des deutschen Genossenschaftswesens, in Potsdam †.

Die Polizei und die Anarchisten.

Aus Anlaß der Breslauer Spitzelentlarvung war für Sonnabend Abend von der hiesigen Anarchistengruppe eine öffentliche Versammlung nach dem Gewerkschaftshause einberufen worden. Als Referenten hatte man wieder den anarchistischen Agitator Sepp Oerter aus Berlin herangezogen. Die Polizei traf wieder alle „nötigen Vorkehrungen“, damit „nichts passiere“. Der Stadt Breslau hätte der sonst recht gemütliche Sepp sicher nichts zu Leide getan, auch wenn die Königliche Wohllöbliche sich um gar nichts bekümmert hätte. Aber was wären die Anarchisten ohne Polizei — sicher garnichts, und was wäre die Polizei ohne die Anarchisten, — ihre ganzen Funktionen würden nur noch in halber Wichtigkeit erstrahlen.

So wurde Oerter denn bereits von einem Kriminalkommissar auf der Station [illegible] erwartet. Er sah zum Fenster hinaus und gewahrte dabei, wie der ihm bekannte Kommissar Gehrmann den Zug mit seinen Blicken musterte. Gemütlich, wie Sepp nun einmal ist und ungeniert, wie er sich immer in Polizeigesellschaft benimmt, winkte er dem Kommissar von weitem schon zu, dieser kam herein und fuhr nun im gleichen Abteil mit nach Breslau. Hatte er so einem Polizeibeamten sein Amt erleichtert, so war am Abend die Polizei umsomehr tüchtig um die Anarchistenversammlung bemüht.

Oerter hielt seinen Vortrag, in dem er hauptsächlich gegen die Auffassung der „Volkswacht“ polemisierte, daß der Spitzel Werner der [illegible] der anarchistischen Bewegung in Breslau [illegible]. Werner habe [illegible] gesunden habe, sei er doch niemals Agitator gewesen, die Kolportage und der Versammlungsbesuch waren vielmehr seine ganze Tätigkeit, bespitzelt sei die Sozialdemokratie ebenfalls schon oft worden und es sei deshalb nicht angebracht, den Anarchisten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie einen Unwürdigen nicht sogleich erkannten. Redner ermahnte seine Genossen sodann zur Vorsicht vor solchen Elementen, die sich immer und immer wieder an sie herandrängen werden.

Glaubt doch selbst der Spitzel Werner seine Sache in Breslau noch nicht verloren. Dieser Tage schrieb er an den Vorsitzenden der Breslauer Ortsgruppe der Anarchisten einen Brief, in dem er hoch und teuer versicherte, es sei kein Wort von dem wahr, was die „Volkswacht“ über ihn geschrieben habe. Redner zeigte hierbei das Kuvert des Wernerschen Briefes vor und daneben dasjenige, in welchem die Polizei ihre Anmeldebescheinigung für die Versammlung geschickt hatte. Beide Kuverts waren in Form und Größe wie in Farbe und Stärke des Papiers völlig gleich. Ferner teilt Redner noch mit, daß Werner auch bei ihm verbotene Rebellen-Liederbücher bestellt habe, er habe ihm aber keine geschickt.

Die weiteren Ausführungen richteten sich gegen die Staatsanwaltschaft, die gegen die Polizeispitzel nicht einschreitet, wenn sie Ungesetzlichkeiten begehen und zur Begehung von Ungesetzlichkeiten auffordern. Es folgte dann wieder ein theoretischer Feldzug wider die sozialdemokratische Weltanschauung und Taktik, auf die wir nicht eingehen wollen, nachdem es unseren Genossen in der Versammlung unmöglich gemacht wurde, diese Ausführungen zu widerlegen.

Der Vortrag wurde von den Gesinnungsfreunden des Redners mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem völlige Ruhe eingetreten war, erklärte der Vorsitzende Schloms: „Geehrte Anwesende! Sie haben die Ausführungen unseres Genossen Oerter vernommen und wir kämen nunmehr zur Diskussion. Ich frage, ob jemand das Wort wünscht und bitte ihn dann, sich hier unter Angabe von Namen und Wohnung zu melden.“ Kurze Pause. Soeben stand einer unserer Genossen im Begriff, vorzutreten, da erhebt sich der überwachende Polizei-Kommissar und löste die Versammlung auf. Aus welchem Grunde, wissen wir nicht. Es trat aber der merkwürdige Umstand ein: die Polizei ließ zwar den Anarchisten ruhig reden, sie verhinderte aber, daß ihn ein Sozialdemokrat widerlegte. Der Saal mußte geräumt werden und die Polizei begnügte sich auch damit allein nicht, sondern vertrieb die Versammlungsbesucher auch aus den anderen Restaurationsräumen.

Draußen, auf der Straße, befand sich um diese Zeit ein großes Polizeiaufgebot, sodaß also auch alle Passanten gewahr werden mußten, daß der Breslauer Anarchismus eine gar gewaltige Sache ist. Auch der unvermeidliche Herr Gehrmann hatte natürlich der Staatsaktion nicht fernbleiben können.

Das Anwerben von Streikbrechern

[illegible]

* **Zur Maifeier** empfehlen wir unseren Genossinnen, ihre Kinder in Festtagskleidung zur Schule zu schicken. Auf diese Weise wird in den Kindern die erste Ahnung von der Bedeutung des Weltfeiertages der Arbeit geweckt werden.

* **Die Eintrittskarten für die fünf Mai-Versammlungen,** die am 1. Mai, Abends 8 Uhr, stattfinden, sind im Partei-Sekretariat, in der Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5/6, bei den Distrikts- und Bezirksführern des Sozialdemokratischen Vereins, im Gewerkschaftshause, Arbeiter-Sekretariat, Nikolaistraße 18/19 I, in den Bureaus der Gewerkschaften und an der Kasse zum Preise von 10 Pfg. zu haben, Programme für das Maifest am 5. Mai an den bekannten Stellen.

* **Eine Berufs- und Betriebszählung,** die erste seit dem Jahre 1895, soll bekanntlich wieder in diesem Jahre stattfinden. Der Termin ist auf den 12. Juni festgesetzt worden. Im Sommer findet im Gegensatz zur Volkszählung die Berufszählung deshalb statt, weil man die deutsche Volkswirtschaft in möglichster Entfaltung aufnehmen will. Zurzeit gelangen die berufs- und betriebsstatistischen Zählpapiere an die preußischen Kreise und Gemeindevorstände der Gemeinden über 5000 Einwohner zur Versendung.

* **Die gestrige Volks-Vorstellung** im Thalia-Theater verlief, obwohl man gerade dieser Veranstaltung — Tasso — mit einiger Beklemmung entgegensehen konnte, in überraschend würdiger Weise. Die Befürchtung vieler Pessimisten, die meisten Besucher würden das schwierige Werk Goethes wenig oder garnicht in seiner Größe und Schönheit erkennen und sich deshalb langweilen, war, wie sich bald herausstellte, völlig grundlos. Mit anhaltend gespannter Aufmerksamkeit und fast ohne die früher häufig bemerkten Störungen durch Lachen oder Sprechen rc. folgten die Besucher den herrlich und prächtig gesprochenen Versen, sichtlich ergriffen von der Gewalt der Sprache und den prächtigen Charakterschilderungen der einzelnen Personen. Ein Hauptverdienst an diesem glänzenden Erfolge gebührt jedoch den Damen Bussiliat und Mayer und den Herren Bernau, Müller und Sioli. Sie verstanden es meisterhaft, den erwartungsvoll Lauschenden das Seelengemälde unseres größten Dichters nahe zu bringen. Der nach jedem Akte einsetzende stürmische Beifall war wohlverdient.

Dem Wunsche einer Anzahl Theaterbesucher entsprechend werden wir in einer der nächsten Unterhaltungsbeilagen eine ausführliche Besprechung dieses Goethe'schen Werkes bringen.

r. a.

* **Beim bevorstehenden Wohnungswechsel** richten wir an unsere Leser das dringende Ersuchen, rechtzeitig der Zeitungsträgerin die neue Adresse übermitteln zu wollen. Ein Zettel, auf dem die neue Wohnung vermerkt ist und der dem „Volkswacht“träger übergeben wird, ist das beste Mittel, um eine Unterbrechung der Zustellung zu verhindern. Gerade um den Monatsersten wundern sich viele, wenn plötzlich die gewohnte Lektüre ausbleibt. Dann schelten sie wohl tüchtig auf die Botenfrau, die ihnen die „Volkswacht“ nicht mehr bringt und vergessen dabei, daß sie es selbst unterlassen haben, ihren Wohnungswechsel kund zu geben. Um derartige Unannehmlichkeiten zu vermeiden, bitten wir dringend, rechtzeitig von einem bevorstehenden Umzug dem Kolporteur Mitteilung zu machen. Auch die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins sollen beim Verziehen ihre neuen Wohnungen den zuständigen Distrikts- bezw. Bezirksführern sofort angeben.

* **Die Ortskrankenkasse Einigkeit** hält Dienstag, den 30. April, Abends 8 Uhr, in Thoms Hotel, Junkernstraße 26, eine Wählerversammlung ab, in der 15 Vertreter der Arbeitgeber und 31 Vertreter der Kassenmitglieder zu wählen sind. Die Legitimation erfolgt durch Vorlegung des Mitgliedsbuches.

[illegible]

Opfer der Automobilraserei. [illegible]

Erdrutschung. [illegible]

Kurzschluß. [illegible]

Eifersucht. [illegible]

[illegible]

Kleine Chronik. Ein Leutnant vom 2. Garde-Dragoner-Regiment in Berlin stürzte bei der Rückkehr vom Exerzierplatz mit dem Pferde. Im großen Bogen wurde der Reiter zu Boden geschleudert und schlug mit dem Kopfe auf das Straßenpflaster auf. Anscheinend hat er einen schweren Schädelbruch erlitten. — Gegen einen Güterzug prallte in Bielefeld bei einem Bahnübergang ein [illegible] mit der Droschke. Vier Insassen des Wagens sind verletzt, einer schwer. Die Pferde und die Droschke sind zertrümmert. Ein Kohlenwagen des Zuges ist entgleist. — [illegible] aus Kassel brannte nach Unterschlagung von 15,000 Mark Mündelgeldern durch. — In Essen-West [illegible] in der vergangenen Nacht der Buchbinder [illegible] — Die [illegible] Gegenstände aus dem Raube des [illegible] Kirchendiebes [illegible] wurden in München in einem [illegible] gefunden. In einer Tiefe von 15 Zentimetern fand man verrostete Kelche, ein wertvolles Meßgewand, eine [illegible] Monstranz und anderes. — Einem New-Yorker Telegramm zufolge ist in Baltimore ein Pier zusammengebrochen, wobei vierzig Menschen umgekommen sein sollen. — Aus New-York wird gemeldet: Der frühere Präsident der Delaware-Hudson-Eisenbahn, Wilcox, hat sich an Bord des Dampfers „Borussia“ erschossen.

[illegible] „Wozu haben die Autos denn eigentlich [illegible]?“ — „Mensch, hast du denn noch nicht von der neuen Berliner Verfügung gehört? Jedes Auto muß jetzt einen Rettungsgürtel bei sich führen, für den Fall, daß es in den Landwehrkanal fährt.“

* * *

Deutsch Puttkamer.

Daß die Oeffentlichkeit war sehr gespannt,
Als der Gouverneur zur Verhandlung kam.
Die Sache lag so [illegible],
Man interessierte sich für das Detail.

Doch die [illegible] erschien nicht vor Gericht, —
Er gern sie wollte, sie durfte nicht.
Puttkamer ward nicht zur Strecke gebracht,
Und die [illegible] ... um die Ecke gebracht.

Steh' einst ich vor der Richterschar,
So wünsch' ich mir: [illegible]
Somit ist der Richter scharf dahin,
[illegible]

Faul ist [illegible], faul Prozesse, —
Nicht in der Komödie falscher Pässe.
„[illegible] Pässe, aber mit anderm Namen.“
[illegible] Schuldlos!

[illegible] — hier wird überhaupt
Dem Angeklagten noch geglaubt ...
Steh' einst ich vor der Richterschar,
So wünsch' ich mir: [illegible]

Gottfried im „Tag“.

Der neue Eisenbahntarif.

Mit dem 1. Mai tritt auf den deutschen Eisenbahnen ein einheitlicher Eisenbahntarif in Kraft, der allerdings für die Mehrzahl unserer Leser nicht in Betracht kommt, als eine Aenderung in den Sätzen der vierten Klasse nicht eintritt; hier bleibt der bisherige Preis von 2 Pfennige für das Kilometer in Geltung. Dieser Preis soll auch für die in Süddeutschland neu einzuführende Klasse 3 b gelten, die damit unserer vierten Klasse entspricht. Im übrigen sind aber für die 1. bis 3. Klasse eine ganze Reihe von einschneidenden Abänderungen getroffen worden. Wir heben die nachfolgenden Bestimmungen als die wichtigsten hervor.

Ebenso wie künftig die Fahrpreise und der Gepäcktarif für alle deutschen Bahnen einheitlich gestaltet sein werden, sind auch über die Fahrpreise und Beförderungsbedingungen für Vereinsfahrscheinhefte, für gemeinnützige und soziale Zwecke und für Sonderzüge, auch Feriensonderzüge einheitliche Bestimmungen vereinbart. Die Ausnahmen, die auf den Verkehr mit den regelmäßigen Fahrkarten von Einfluß sind (Kilometerhefte, Landeskarten usw. fallen weg. Unberührt bleiben durch die Reform neben der vierten Klasse die Tarife für Monatskarten, Arbeiterkarten, Schülerkarten, Sonntagskarten, die Preise der Stadt- und Vorortverkehre und dergleichen. Um zu dieser Einheitlichkeit zu gelangen, war die erste Vorbedingung die Beseitigung der Rückfahrkarten zu ermäßigten Preisen. Die normalen Preise der 2. und 3. Klasse wurden auf die Hälfte der Rückfahrpreise festgesetzt. die der 1. Klasse auf einen etwas höheren Betrag. Die Folge davon ist, daß in Zukunft alle Einzelreisen in den drei ersten Wagenklassen billiger sind, wenigstens für die gewöhnlichen Züge. Die Preise für das Personenkilometer, die heute für die Personenzüge in Preußen und Sachsen 8, 6 und 4 Pfg., in den süddeutschen Staaten 8, 5,3 und 3,3 Pfg. betragen, werden herabgesetzt auf 7, 4,5 und 3 Pfg.

Für gewisse Arten von Schnellzügen kommen Zuschläge in Rechnung, sie betragen für 1 bis 75 Kilometer 50 Pfg., für 76 bis 150 Kilometer 1 Mark, über 150 Kilometer 2 Mark in der 1. und 2. Klasse, in der 3. Klasse die Hälfte dieser Sätze. Die Schnellzüge werden vom 1. Mai in zwei Gattungen eingeteilt: in zuschlagspflichtige (Schnellzüge genannt), und in zuschlagsfreie (Eilzüge) genannt. Die Schnellzugszuschläge treten für die D-Zugsplatzkarten ein. Reisende, die zuschlagspflichtige Züge (der Fahrplan gibt Auskunft, welche Züge dies sind) benutzen wollen, enthalten entweder Fahrkarten für Schnellzüge mit eingerechnetem Zuschlag oder besondere Schnellzugszuschlagkarten, für diese wird ein Fahrkartenstempel nicht erhoben. Die besonderen Zuschlagkarten werden auf allen Stationen verkauft, auch wo keine Schnell- oder Eilzüge halten, auch sollen die Zugführer solche Karten immer zum Verkauf bei sich führen. Rückfahrkarten kommen nicht mehr zur Ausgabe. Der Reisende kann sich auf der Ausgangsstation aber Doppelkarten lösen, er erhält sodann eine Karte für die Hinfahrt. Letztere wird mit dem Stempel „Rückfahrt" versehen und darf nur am Lösungstage oder am nächsten Tage nach der Lösung benutzt werden. Die Doppelkarten bleiben steuerfrei, wenn die einfache Karte steuerfrei ist. Die Lösung von Doppelkarten empfiehlt sich also nur bei Markt-, Nah- und Ausflugsverkehr, für längere Reise muß man sich schon zwei Mal Karten lösen.

Die Vorausbestellung von Karten für bestimmte Züge wird nicht geändert. Auch Plätze können, obgleich Platzkarten in Wegfall kommen, vorausbestellt werden. Die Vorausbestellung ist nur gegen Vorzeigung einer für den betreffenden Zug gültigen und zur Fahrt von der Ausgangsstation dieses Zuges ab berechtigten Fahrkarte zulässig. Auf Fahrkarten die an Zwischenstationen gelöst werden, können Plätze nicht reserviert werden. Die Fahrkarten, auf die Plätze bestellt werden, sind mit dem Vermerk „Pl." auf der Rückseite zu versehen.

Die für Reisen größerer Gesellschaften bisher gewährten Preisermäßigungen mit Ausnahme der für Arbeitergesellschaften werden aufgehoben. Wenn öffentliche Interessen in Frage kommen, können wie bisher für Reisen größerer Gesellschaften von mindestens 30 Personen Arbeiter-Gesellschaftskarten für die 4. Klasse ausgegeben werden. Diesbezügliche Anträge sind an die der Reiseantrittsstation vorgesetzte Direktion zu richten. Der Fahrpreis wird in diesen Fällen wie bisher auf 1,5 Pfennig für die Person und das Kilometer ermäßigt.

Fahrtunterbrechung ist überall gestattet, von einer Bescheinigung derselben soll abgesehen werden.

Rückfahrkarten, die vor dem 1. Mai gelöst sind, behalten ihre Gültigkeit betreffs der Benutzungsdauer auch nach dem 1. Mai. Inhaber von Rückfahrkarten die nach dem 1. Mai zuschlagspflichtige Schnellzüge benutzen, brauchen keinen Zuschlag für diese Züge zu bezahlen, auch wird Freigepäck gewährt. Nach dem 15. Juni werden Rückfahrkarten im Eisenbahnverkehr als ungültig betrachtet.

Der neue Gepäcktarif bedeutet gegenüber für die Reisen in Süddeutschland fast durchweg, insbesondere für Entfernungen über 30 Kilometer, eine Verbilligung, die mit dem Gewicht der Gepäckstücke und den Entfernungen wächst. Dagegen wird die Gepäckfracht für Gewichte bis 25 Kilogramm auf den norddeutschen Bahnen teurer. Das Freigepäck fällt fort. Nach den neuesten Vorschriften der deutschen Eisenbahnen beträgt die Gepäckfracht für 25 Kilogramm 20 Pfg. für Entfernungen bis zu 50 Kilometer, 50 Pfg. bis 300 Kilometer, 1 Mark über 300 Kilometer. Unverpackte Fahrräder [illegible] werden auf Entfernungen bis 100 Kilometer nach Wahl der Reisenden entweder gegen Lösung von Fahrradkarten oder auf Gepäckschein abgefertigt. Auf Entfernungen über 100 Kilometer erfolgt die Abfertigung stets auf Gepäckschein. Bequemer ist in allen Fällen der Gepäckschein, teilweise sogar billiger wie die Radkarte, da der Radfahrer sein Rad dann nicht selbst an den Packwagen bringen und auch nicht von dem Packwagen abzuholen braucht. Die Gepäckabfertigung auch für die schwereren Gepäckstücke wird vereinfacht und beschleunigt. Jeder Reisende findet auf der Fahrkarte die Entfernungszone und kann danach die Gepäckfracht selbst berechnen.

*** Der Polizeisenior als Theaterkritiker.** Der Breslauer Polizeipräsident hat das Drama „Wahn" von Jakob Scheck, einem früheren Redakteur der „Bresl. Ztg.", das zur Aufführung für das hiesige Sommergastspiel des Dichters Erich Ziegel erworben wurde, verboten. Das Drama behandelt die Frage des Ritualmordes und zeigt, anklingend an wichtige Geschehnisse, wie eine früher harmlose Bevölkerung durch antisemitische Agitatoren suggestiv in den Wahn des Blutmärchens hineingetrieben wird. Wie hierdurch die „öffentliche Ordnung" gefährdet sein soll, bleibt unserem Verstande unerschlossen.

*** Die dritte ordentliche Schwurgerichtsperiode** des laufenden Jahres beginnt heute Montag unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Goldfeld. Es sollen folgende Strafsachen zur Verhandlung kommen: 29. April wider die Arbeiterfrau Auguste B[illegible], geb. Leistner, aus Rosenthal wegen Totschlagsversuchs; 30. April wider die Ziegeleiarbeiter Hermann [illegible] und Paul Scharf aus Schmolz wegen [illegible] mit Todeserfolg; 1. Mai wider die verehelichte [illegible] aus Thuma, wegen wissentlichen Meineids; 2. Mai wider die [illegible] Marie Zeidel, geb. Kosler, und die ledigen Martha und Pauline Kurze von hier wegen Verbrechen wider das keimende Leben; 3. Mai wider das Dienstmädchen Bertha Schikade von hier wegen Kindesmords; 4. Mai wider die Arbeiter Johann Paul, Karl Hu[illegible] und [illegible] von hier wegen Raubes.

Als Geschworene sind folgende Herren einberufen: 1. aus Breslau: Chemiker Dr. Alexander Adler, Bankier [illegible], [illegible] und Baurat Johannes Brenia, [illegible] und [illegible] Alfred Karmann, Major [illegible] Dr. [illegible] [illegible]

Peifert, Major a. D. Eugen Petermann, Rittergutsbesitzer Konrad Richter, Versicherungsdirektor Felix Rodewald, Direktor Hugo Mönihild, Kaufmann Georg Thuns, Postsekretär Reinhold Wiesenthal, Major z. D. von Zerboni di Sposetti, Rittergutsbesitzer August Pelz-Althofnaß, Freigutsbesitzer Willy Fesdinski-Kammelwitz, Gutsbesitzer Heinrich Opitz-Paichwitz, Rittergutsbesitzer Kurt v. Lieres u. Wilckau-Pasterwitz; 2. aus Kreis Neumarkt: Majoratsbesitzer Emanuel v. Woikowski-Biedau-Pöhlsdorf, Rittergutsbesitzer Friedrich Walkhof-Schosnitz, Rittergutsbesitzer Alfred Vogdt-Probstei, Amtsrat Gustav Richter-Schönau, Rittergutspächter Paul Stiller-Muckerau, Erbscholtiseibesitzer Paul Springer-Ober-Mois, Rittergutsbesitzer Armand Schröder-Groß-Ausker, Rittmeister d. R. Thassilo Graf v. Saurma-Jeltsch-Dyhernfurth, Rittergutsbesitzer Kurt Keller-Garben.

*** Die Gewerbesteuerrolle des Stadtkreises Breslau** für das Rechnungsjahr 1907 wird in der Zeit vom 6. bis einschließlich 11. und 12. Mai im Gewerbesteueramte Vorwerksstraße 9, II. in der Zeit von 9 bis 12 und von 3 bis 5 Uhr ausliegen. Wer die Rolle einsehen will, muß sich durch Vorlegung der ihm zugegangenen Gewerbesteuerzuschrift für 1907 ausweisen.

*** Der Nikolaiplatz** wird zur Zeit nach der bereits im vorigen Jahre erfolgten Neuregelierung mit Anpflanzungen versehen. An der Fischergasse entlang, werden junge Kastanienbäumchen und an der Kirchhofmauer der Nikolaikirche entlang, werden Ahorn-, Pappel- und Haselnußsträucher angepflanzt.

*** Die elektrische Straßenbeleuchtung** erfährt wieder eine Erweiterung und zwar wird z. B. die Graupenstraße mit den erforderlichen Einrichtungen für diese Beleuchtung versehen.

*** Kolossal-Rundgemälde am Friebeberge.** Ein fesselndes, dramatisch bewegtes Bild ist es, das dem Beschauer in dem gegenwärtigen Rundgemälde „Die Völkerschlacht bei Leipzig" vor Augen tritt. Ein Anblick, der uns bis in die geheimsten Tiefen unseres Herzens bewegt und uns die Greuel des Krieges in ihrer ganzen Furchtbarkeit empfinden läßt. Geöffnet ist das Panorama täglich bis zur Dunkelheit.

*** Der letzte Heimweg.** Am Sonnabend Abend ist der Hausbesitzer August Zimmer aus Pirscham auf dem Nachhausewege zwischen Morgenau und Zedlitz in einer direkt am Wege liegenden Weidelache ertrunken. Die Leiche wurde am Sonntag früh gefunden und nach der Anatomie geschafft. — Auch dieser Vorfall zeigt wieder, wie notwendig es ist, den besonders an Sonntagen stark benutzten Weg in den Abendstunden zu beleuchten.

*** Unglücksfälle und Vergiftung.** Am 24. d. M. nachmittags war ein Kutscher auf der Heiligengeiststraße mit Abladen von Brettern beschäftigt, als ein anderer Wagen an eines der Bretter anfuhr, sodaß jener Mann vom Wagen geschleudert wurde und schwere Kopfwunden erlitt. Zur Anlegung von Notverbänden wurde er in einer Droschke nach der Unfallstation auf der Karlsstraße gefahren. — Ein Knabe wurde auf dem Schulwege durch einen anderen Knaben hingestoßen und erlitt einen Oberschenkelbruch. — Ein Stellenbesitzerssohn stürzte von einem Wagen und wurde überfahren; er trug einen Unterschenkelbruch davon. Ein 3 Jahre alter Knabe erlitt bei einem Sturz von einem Strohschober einen Beinbruch. — Ein Kutscher zog sich beim Verladen eines an Milzbrand verendeten Rindes eine schwere Milzbrandvergiftung zu. Diese Verunglückten fanden im Krankenhause der Barmherzigen Brüder Aufnahme.

*** Wilder Radfahrer.** Am 26. d. Mts wurde ein Dienstmädchen auf der Breitestraße durch einen Radfahrer umgerissen; es erlitt bei dem Sturze schwere Wunden am Hinterkopfe.

*** Erstickt.** Ein Mathiasstraße 157 wohnender Rangierer nahm am 26. d. Mts. abends seinen 1½ Jahre alten Sohn zu sich in sein Bett. Die Mutter fand bei der Rückkehr von einem Einkauf das Kind an der Brust des Vaters angeklammert tot vor. Anscheinend war es erstickt. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und der Anatomie zugeführt.

*** Roheit.** Am 26. d. Mts. wurde auf der Goldene Radegasse ein Schulknabe durch einen Arbeiter anscheinend ohne jede Ursache plötzlich erfaßt und zu Boden geworfen, sodaß er eine schwere Verletzung am Gesicht erlitt.

*** Unhold.** Vor einigen Tagen sind in einem Hause auf der Freiburgerstraße wiederholt Dienstmädchen von einem dem Handwerkerstande angehörigen Manne in unsittlicher Weise belästigt worden. Dem Burschen gelang es in jedem Falle, sich durch die Flucht seiner Festnahme zu entziehen. Er ist etwa 22 Jahre alt und mit dunklem Jackett und gestreiften Hosen bekleidet. Angaben zur Ermittelung des Burschen sind im Zimmer 10 des Polizeipräsidiums zu machen.

*** Geisteskrank.** Groben Unfug, der eine große Menschenansammlung zur Folge hatte, verübte am 27. d. M. Vormittags ein anscheinend geistesgestörter russisch-polnischer Arbeiter, indem er den im Nikolaistadtgraben liegenden Rettungskahn löste und bestieg. Dann veranstaltete er Rundfahrten von Ufer zu Ufer und hielt in polnischer Sprache Ansprachen an das sich in Hunderten ansammelnde Publikum. Mit einem Bootshaken wurde versucht, das Boot ans Land zu ziehen, was auch schließlich einem Schiffer gelang. Als man des Mannes habhaft geworden war, gebärdete er sich wie rasend, so daß es nur schwer gelang, ihn die steile Böschung hinaufzuschaffen, worauf er mit einem Handwagen auf die nächste Polizeiwache gefahren wurde. Hier mußte er zu seiner Sicherheit [illegible] gefesselt werden.

*** Zusammenstoß.** Am 28. d. Mts. nachmittags stieß auf der Klosterstraße ein Straßenbahnwagen mit einer Droschke zusammen. Letztere wurde stark beschädigt.

*** Scheu gewordenes Pferd.** Am 21. d. M. nachmittags wurde auf der Vorwerkstraße ein vor ein Coupé gespanntes Pferd beim Vorbeifahren eines Automobils scheu und prallte an einen die Tauentzienstraße entlang fahrenden Straßenbahnwagen an, wodurch an diesem eine Scheibe im Werte von 42 Mk. zertrümmert wurde. Ein in dem Straßenbahnwagen sitzendes Mädchen wurde durch die Deichsel am Rücken verletzt.

*** Ein Kind verbrannt.** Am 21. d. M. zieht sich das 2½ Jahre alte Mädchen Marie Schubert in der elterlichen Wohnung, Scheitnigerstraße 36, in einem Wohnzimmer allein auf. In dem im Zimmer stehenden Ofen war zu der Zeit Feuer angemacht worden. Die Mutter des Kindes befand sich in der Küche, als das Mädchen plötzlich mit dem Ruf: „Mutter ich verbrenne!" in Flammen stehend, in die Küche stürzte. Die Mutter versuchte die Flammen zu ersticken, wobei sie selbst schwere Brandwunden an den Händen erlitt. Das Kind wurde in der Königl. Klinik untergebracht, wo es am 23. d. M. seinen Brandwunden erlegen ist.

*** Gefunden** wurden: eine messingene Wagenkurbel, ein Hemd, seidenes Herz, ein Reitzeug, eine goldene Damenuhr und ein Paket mit Herrenkleidungsstücken.

*** Entlaufen** ist ein Affenpinscher.

*** Abhanden** kamen: eine silberne Remontoiruhr mit silberner Kette, eine Brosche (Gemme mit Goldrand) und ein Portemonnaie mit 120 Mk.

*** Gestohlen wurden:** einer Kaufmannsfrau auf der Ohlauerstraße ein Portemonnaie mit 21 Mk., einem Ring und eine kleine Figur, auf dem Neumarkt einer Werkmeistersfrau ein Portemonnaie mit 19 Mk. aus der Handtasche, aus einem Wäscheboden auf der Trebnitzer Chaussee drei weiß- und rotgestreifte Bettbezüge und zwei Bettücher, einer Witwe auf der Verlinstraße aus der Bodenkammer zwei Kopfkissen, einem Kellner auf der Klosterstraße ein Fahrrad „Weil" Nr. 71[illegible], einem Hausdiener von der Königsplatzstraße ein Fahrrad „Triton" Nr. 4725, aus einem Keller auf der Bittnerstraße 7 Flaschen Ungarwein.

*** Diebstahl.** Festgenommen wurde der Hausdiener Adam Franke, welcher in einem Möbelgeschäft angestellt war und nach und nach Möbel, Möbelstoffe, Gardinen usw. im Werte von über 2000 Mark gestohlen hatte. Den größten Teil der gestohlenen Sachen hatte er verpfändet, [illegible] auch ein Pfandscheine vorgefunden und mit Beschlag belegt werden konnten.

Aus Schlesien und Posen.

Die Machtprobe im Eulengebirge.

Zur Beendigung des Kampfes in der Langenbielauer Textilindustrie wird uns in Ergänzung unserer bereits am Sonnabend gebrachten Mitteilung noch geschrieben:

In zwei überaus stark besuchten Versammlungen nahm die organisierte Textilarbeiterschaft Stellung zu der von den Unternehmern des schlesischen Industriebezirks herauf beschworenen brutalen Machtprobe. Obwohl zu Anfang etwas stürmisch, kam doch dann die kühle Ueberlegung zum Durchbruch. Der von dem vereinigten Unternehmertum geplante Schlag, die unbequeme Organisation der Arbeiter zu vernichten, wurde zu schanden gemacht, indem die Kopf an Kopf stehenden Arbeitermassen in seltener Einmütigkeit beschlossen, unter den gegebenen Verhältnissen den Kampf abzubrechen, aber zu gelegener Zeit mit unverminderter Energie wieder aufzunehmen. Folgende Resolution wurde von den Massen angenommen:

„Die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der Langenbielauer Arbeiter und Arbeiterinnen bedauert lebhaft das Scheitern aller Verhandlungsversuche in der Lohnstreitfrage der schlecht bezahlten 122 Färbereiarbeiter mit dem Betriebsinhaber Herrn Liehr. Sie erblickt in der aus Anlaß dieser Differenzen zum Zwecke der Zertrümmerung der Arbeiterorganisation vorgenommenen Massenkündigung der Textilarbeiterschaft durch die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes einen brutalen Gewaltakt und einen Versuch, die ausgemergelte Arbeiterschaft Schlesiens dauernd unfähig zu machen, in gemeinsamem Streben und Kämpfen eine Hebung der jämmerlichen Lebenshaltung — Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne — herbeizuführen. Die versammelten Arbeiter betonen demgegenüber erneut vor der Oeffentlichkeit die Notwendigkeit gemeinsamen Ringens des Proletariats um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und erklären speziell die Bewilligung der Lohnforderung der darbenden Liehrschen Färbereiarbeiter als einfachste Menschen- und Christenpflicht. Trotzalledem begrüßt die Langenbielauer Textilarbeiterschaft den auf Anraten der Organisation von den Liehrschen Arbeitern gefaßten Beschluß, die Kündigung bedingungslos zurückzunehmen, als einen Akt der Klugheit, und eine durch die augenblicklich vorhandene allgemeine Situation in Deutschland und die schamlos in den letzten Monaten auf die Spitze getriebne, auf dauernde Schädigung der Arbeiterbewegung hinzielende provokatorische Taktik der Unternehmerklasse gebotene Notwendigkeit. Die Versammlung spricht den vorläufigen Abbruch der Bewegung aus und fordert die schlesischen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen auf, in intensivster Weise künftig die Organisationsarbeit zu betreiben, den letzten Mann und die letzte Frau dem Verbande zuzuführen, um so zu gelegener Zeit aufs neue Forderungen stellen und durchführen zu können."

Daraufhin haben die Textilgewaltigen ihrerseits, wie gemeldet, die Kündigung zurückgezogen und dies in folgendem Ukas bekannt gegeben:

„Nachdem die Arbeiter der Firma W. Liehr in Ober-Langenbielau ihre Kündigung in letzter Stunde zurückgenommen haben, habe sich unterzeichnete Firma entschlossen, auch ihre seither erfolgten Kündigungen, bezw. die in Aussicht genommenen, nicht erfolgen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit warnen wir nachdrücklich vor Belästigungen unserer, nicht im Textilarbeiterverbande organisierten Arbeiter, denen wir unbedingten Schutz nach jeder Richtung hin angedeihen lassen werden. Jeglicher Agitation in den Betrieben werden wir auf das Entschiedenste entgegentreten."

Der echte Protzenstandpunkt! Gemach, Ihr Herren; auch für Euch kommt einmal die Stunde der Abrechnung. Den Langenbielauern möchten es die Landeshuter sofort nachtun. Sie haben ihren Arbeitern mitgeteilt, daß sie in den schwebenden Lohnfragen alle Anfragen über innere Verhältnisse und Einrichtungen ihrer Etablissements, die von seiten des Deutschen Textilarbeiterverbandes, des Christlichen Textilarbeiterverbandes oder des Katholischen Arbeiterverbandes an sie gerichtet werden, fortan unbeantwortet lassen.

Wie Wahlen gemacht werden.

Der Ort Steinsdorf im Kreise Goldberg-Haynau hat schon einmal aus Anlaß der letzten Reichstagswahl von sich reden gemacht. Dort war es nämlich, wo „die gnädige Frau des Grundherrn" Frau Major von Uechtritz, die Stimmzettel ihrer Arbeiter kontrollierte, um Stimmen für den konservativen Kandidaten, den bekannten „Mittelstandsmann" Kaufmann Buchholz aus Schöneberg, zu gewinnen. In diesem Dorfe war das Wahllokal auf Ersuchen des Wahlvorstehers von Uechtritz in das Uechtritz'sche Schloß verlegt worden; ursprünglich hatte man die Schule dazu in Aussicht genommen. Frau von Uechtritz nahm nun stets an der Wahl den lebhaftesten Anteil. So verbot sie auch am Stichwahltage in Gemeinschaft mit ihrem Gutsinspektor dem Arbeiter Wilhelm Hüttner aus Haynau, der vom Haynauer Liberalen Verein als Stimmzettelverteiler hinausgesandt worden war, den Aufenthalt auf einem durch Warnungstafeln als „Privatweg" bezeichneten Zugangsweg zum Wahllokale. Hüttner kehrte sich aber an diese Weisung nicht, sondern blieb während der ganzen Wahlhandlung zum Verdruß des Herrn Wahlvorstehers und seiner Gattin getreu auf seinem Posten. Darauf erhielt er einen Strafbefehl über 3 Mark, weil er am 5. Februar 1907 sich „unbefugt auf einem geschlossenen Privatwege des Rittergutsbesitzers von Uechtritz aufgehalten und trotz wiederholter Aufforderung nicht entfernt habe." Hüttner zahlte aber die Strafe nicht, sondern beantragte richterliche Entscheidung, und in dem Termine am Mittwoch sprach das Schöffengericht zu Haynau den Missetäter frei und legte sämtliche Kosten der Staatskasse auf. Der Gerichtshof vertrat dabei den Standpunkt daß, wenn jemand in seinem Privateigentum das Lokal zur Wahlhandlung stellt, er damit dieses Lokal zu einem öffentlichen macht. Selbstverständlich müsse alsdann der Eigentümer des Lokals auch alle Zugänge zu diesem freigeben. Man gelange geradezu zu kläglichen Verhältnissen, wenn man den Besitzer des Lokals für befugt erachten wolle, den Verkehr auf den Zugängen zum Wahllokale beliebig zu gestatten oder zu verbieten. Von einer freien und öffentlichen Wahl könne dann keine Rede sein.

Diese vernünftige Entscheidung des Gerichts wird die Ritter- und Gutsbesitzerinnen wohl nicht hindern, [illegible] dieselben Manöver zu machen.

Großkapitalistische Sozialreform in Oberschlesien.

Ueber die sozialen Gefahren der oberschlesischen Gruben- und Hüttenkapitalisten wissen einige der großen [illegible] oberschlesische bürgerliche Blätter gegenwärtig wieder ein Langes und Breites zu reden. Sie stützen sich dabei auf den Bericht des Gewerberats für den Regierungsbezirk Oppeln, der in der Tat viel Lobendes über diese „sozialen Taten" oberschlesischer Kapitalisten zu sagen weiß. Nachdem der Bericht zunächst das Steigen der Löhne hervorgehoben hat, sagt er dann [illegible] „Bestreben der großen Werke, durch Abgabe der wichtigsten Lebensmittel zu Großhandelspreisen die gegenwärtige Teuerung möglichst erträglich zu machen", ferner [illegible] Daß diese Teuerung [illegible] sich ja nicht auf die wichtigsten Lebensmittel beschränkt, sondern alle Bedürfnisse der Masse trifft, [illegible] die Steigerung der Löhne nicht entfernt ihrer Wirkung [illegible]

der oberschlesischen Arbeiter infolge der Teuerung trotz der auch nur sehr bescheiden gestiegenen Löhne jetzt noch schlechter, als vor dieser Lohnsteigerung. Die Abgabe billigerer Nahrungsmittel kann das nicht wett machen, um so weniger, als es ja nicht alle großen Werke sind, die so vorgehen, sondern nur eine gewisse Anzahl, sodaß viele tausend Arbeiter die ganze Wucht der gegenwärtigen Teuerung in ihren Lebensverhältnissen ertragen müssen.

Als weiteren erfreulichen „Erfolg" in der Fürsorge für Kranke und Schwache sieht der Bericht es an, daß jetzt in allen großen Betrieben gut ausgestattete Verbandsstuben für die erste Hilfe bei Unglücksfällen eingerichtet sind. Wie bescheiden man doch ist, so etwas, das längst als etwas ganz Selbstverständliches hätte angesehen werden sollen, als „weiteren erfreulichen Erfolg in der Fürsorge für Kranke und Schwache" zu lobpreisen.

Die Krone sozialpolitischer Fürsorge gebührt gewiß der Donnersmarckhütte, die nach dem Bericht des Gewerberats sogar eine „Ferienkolonie für Arbeiterkinder" eingerichtet hat. Leider wird nicht mal gesagt, wie vielen Kindern diese Fürsorge zu teil wird. Die Donnersmarckhütte verteilt, wie schon seit Jahren, so auch in diesem Jahre, an ihre Aktionäre wieder eine Dividende von 14 Prozent. Und in den folgenden Jahren wird diese Dividende, wie man andeutet, bedeutend höher werden. Welche sozialpolitische Großtat angesichts solcher Riesengewinne ein paar Arbeiterkindern die Wohltat eines kleinen Ferienaufenthalts zu gewähren.

Man könnte sagen, es sei doch besser, wenn die Herren wenigstens etwas von ihrem reichen Gewinn für soziale Zwecke hergeben, statt alles in ihre Taschen zu stecken. Gewiß — aber man soll diese Kleinigkeiten nicht aufbauschen, als hätten sie wer weiß was getan, um durch solche Lobpreisungen die Aufmerksamkeit von den großen sozialen Pflichten, die man in Wahrheit zu erfüllen hätte, geschickt abzulenken, die Herren für sich als das erscheinen zu lassen, was sie nicht sind: Wirkliche Sozialreformer.

Oberschlesische „Weltpolitiker".

Auch im weltabgelegenen oberschlesischen Winkel machen gewisse Preßorgane in Weltpolitik. Vornehmlich zeichnet sich darin ein angeblich „freisinniges" Blatt, die „Oberschlesische Grenz-Zeitung" in Beuthen aus. Es bringt nicht nur allerlei kolonialschwärmerische und englandfeindliche Notizen und Artikel aus der alldeutschen Presse, sondern leistet sich sogar eigene [illegible] aus der „geistvollen" Feder des Chefredakteurs Dr. [illegible], der zugleich Eigentümer des Blattes ist. So bringt das Blatt dieser Tage einen solchen Roherischen Geistesblitz unter dem [illegible] Titel „Was hat England gegen Deutschland". Wir verschonen unsere Leser natürlich mit den [illegible] „Gedanken" und der Beweisführung für Englands Haß gegen Deutschland [illegible] auf den Kreis König Eduards und seinen Neffen Wilhelm II. [illegible] [illegible]

„Wenn John Bull vermöchte, würde er heute oder morgen [illegible] die deutsche Flotte [illegible] Wilhelm II. [illegible], das Deutsche Reich hat Elsaß-Lothringen und Schleswig-Holstein [illegible] und es wird unter englische Kuratel gestellt."

Mit solchen unglaublichen [illegible] [illegible]

Anträge zum Provinzialparteitag der Provinz Posen.

Zu dem am 21. Mai stattfindenden Provinzialparteitag in Hohensalza sind von dem Kreisverein [illegible] folgende Anträge eingelaufen:

1. Die Anstellung eines besoldeten Parteisekretärs für die Provinz Posen.
2. Den Monatsbeitrag auf 20 Pf. heraufzusetzen.
3. Einsetzung einer Beschwerdekommission.

Der Bezirksverein Bromberg.

Würzburg, 27. April. [illegible]

[illegible]

— **Waldenburg**, 26. April. [illegible]

[illegible]

Freiburg, 26. April. [illegible]

[illegible]

nur der sein, daß sich immer mehr der aufgeklärten Arbeiter auch formell von der Kirche lossagen. Vom Standpunkt des Kulturfortschritts wäre dies nur zu begrüßen.

Liegnitz, 28. April. Freigesprochen. Im Wiederaufnahme-Verfahren wurde von der hiesigen Strafkammer der Mühlenbesitzer Paul Neumann aus Haynau von der Anklage der Fälschung eines Pachtvertrages freigesprochen, nachdem er im September 1903 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und einen Teil dieser Strafe bereits verbüßt hat. Der Leiter der Irrenanstalt Dr. Leppmann-Moabit und Schubert-Tost begutachteten, der Angeklagte sei chronisch verrückt und habe sich wahrscheinlich schon bei der Fälschung des Vertrages in unzurechnungsfähigem Zustande befunden.

Königshütte, 26. April. Ein betriebsamer Gottesdiener ist der hiesige Oberglöckner Fabian. Zu den Weihnachtsfeiertagen fabrizierte er Oblaten und ließ sie durch die Ministranten bei den frommen Schäfchen seines Kirchensprengels zu sehr guten Preisen verkaufen, d. h. er „schenkte" die Oblaten den Gläubigen und diese schenkten ihm dafür mehr oder weniger erhebliche Geldbeträge. Das Geschäft erregte aber den Konkurrenzneid eines Königshütter Bäckermeisters, der der Ansicht war, der Herr Oberglöckner könne an seinem sonstigen guten Einkommen genug haben und das Oblaten fabrizieren den Bäckern überlassen, die dafür ihre Steuern bezahlen müssen. Der neidische Bäckermeister denunzierte den geschäftskundigen Kirchenbeamten bei der Polizei und die Folge war, daß dieser sich zunächst einen polizeilichen Strafbefehl über 6 Mark wegen Gewerbekontravention wegholte. Er beruhigte sich dabei jedoch nicht und forderte gerichtliche Entscheidung. Vor dem Schöffengericht stellte er die Oblatenbäckerei als einen „alten kirchlichen Brauch" dar, auf den er gewissermaßen schon von seinen Vorgängern her ein Privileg habe. Ein als Sachverständiger geladener Pfarrer mußte aber die Frage, ob diese Oblatenbäckerei durch den Oberglöckner zu den Gebräuchen der katholischen Kirche gehöre, verneinen. Daß das Geschäft sich übrigens lohnte, ging aus der Zeugenaussage des Pfarrers hervor, nach der der angeklagte Oberglöckner auf die [illegible] mit dem Oblaten 100 Mark verdient habe, erklärte: „So viel war es gerade nicht, aber nicht viel weniger." Das Gericht hatte für den angeblichen Brauch der katholischen Kirche nicht das nötige Verständnis, ermäßigte aber die Strafe auf 3 Mark [illegible] [illegible] In der Folge aber werden die [illegible]

— **Posen**, 26. April. Der Segen des Schulstreiks. Der „Gonier" veröffentlicht das folgende Schreiben des [illegible]

[illegible]

Der [illegible]

[illegible]

— **Lissa**, 26. April. [illegible]

[illegible]

Schmiedeberg (?), 27. April. [illegible]

[illegible]

Kleine provinzielle Nachrichten.

[illegible]

beschäftigten 15jährigen Arbeiter Lorenz Pietrowski, der in unberechtigter Weise an den Maschinen zu schaffen machte, vom Getriebe der Schädel eingedrückt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Versammlungen und Vereine.

Die Buchbinder hielten Sonnabend ihre General-Versammlung ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten sprach der Vorsitzende über den bevorstehenden Verbandstag in Nürnberg und gegen die Einführung einer Invaliden-Unterstützung. In der bereits seit 8 Tagen vorgenommenen Urabstimmung hatten von den Breslauer Buchbindern 55 für und 60 gegen die Einführung gestimmt. Hierauf wurden 17 vom Vorstande vorgelegte Anträge zum Verbandstage einstimmig angenommen. Beschlossen wurde, jetzt, da das Gewerkschaftshaus den Arbeitern gehört, wieder regelmäßige Beiträge zum Baufonds zu leisten. Für sofort wurden 75 Mark bewilligt, ferner sollen alle Vierteljahre 25 Mark abgeliefert werden. Beim Maifest am 5. Mai wollen die Mitglieder vollzählig im Gewerkschaftshause vertreten sein.

Aus den Gerichtssälen.

Erinnerungen an die Privatpost Hansa

tauchten vor der Breslauer zweiten Strafkammer auf. Inhaber dieser Post, die im Jahre 1900 vom Reiche übernommen wurde, waren der gegenwärtige Rentier Friedrich Panitz und der Kaufmann Karl Lehmann. Ersterer war schon im Jahre 1899 krankheitshalber von dem Unternehmen zurückgetreten und hatte eine Abfindungssumme von etwa 150,000 Mark erhalten. Nach der Auflösung der „Hansa" traten die beiden aber wieder in Geschäftsverbindung. Sie gaben das Neue Breslauer Adreßbuch heraus und verliehen Baugelder. Durch das neue Unternehmen fühlte sich der Herausgeber des alten Adreßbuchs geschädigt und wegen unberechtigten Nachdrucks wurde Lehmann zu 2000 Mark und Panitz zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt, weil das „Neue Adreßbuch" dem alten teilweise wörtlich entnommen war. Im Jahre 1904 wollte Panitz für seinen Sohn eine Ziegelei kaufen, doch konnte er von seinem Kapital nicht das gesamte Kaufgeld flüssig machen. Er wandte sich an Lehmann, der für ihn einen Wechsel in Höhe von 40,000 Mark girierte. Als Sicherheit wurde ihm eine Hypothek über 45,000 Mark übergeben. Später entstanden Zwistigkeiten zwischen Panitz und Lehmann. Letzterer erfuhr denn noch zufällig, daß die ihm übergebene Hypothek in Wirklichkeit nur noch einen Wert von 25,000 Mark gehabt hatte, da der übrige Teil bereits abgezahlt worden war. Er erstattete Anzeige und die Folge war, daß sich Panitz nun wegen Betruges zu verantworten hatte. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten, der vor Gericht behauptete, Lehmann sei über den wahren Wert der Hypothek unterrichtet gewesen, während die gegenteiligen Bekundungen Lehmanns als Zeuge sehr unsicher erschienen.

Breslauer Marktbericht.

Feststellungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission

Breslau, [illegible] April 1907. Für 100 Kilogramm

	gute höchste	gute niedr.	mittlere höchste	mittlere niedr.	gering. höchste	Ware niedr.
Weizen weißer	19.60	18.90	18.70	18.40	18.30	17.10
Weizen gelber	19.30	18.70	18.60	18.30	19.20	17.—
Roggen	17.90	16.80	16.70	16.40	16.30	15.80
Braugerste	17.—	16.80	16.50	16.—	—	—
Gerste	15.50	14.30	14.20	13.90	13.80	13.50
Hafer	18.50	17.70	17.60	17.40	17.30	16.20
[illegible]	20.50	17.50	18.50	17.50	16.50	15.50
Erbsen	18.—	17.50	16.30	15.30	14.50	14.—

[illegible] per 50 Kilogr. 2.60—2.90 Mk.
[illegible] per Schock 25.— bis 27.— Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ml. per 100 Kilogramm Sack Brutto: Weizenmehl 00, fein 26.50 bis 27.— Mk. Roggenmehl 00, fein 24.50 bis 25.— Mk. Roggen-Hausbacken, fein 24.05 bis 24.50 Mk. Roggen-Futtermehl, fein 11.75 bis 13.25 Mk. Weizenkleie, fein 11.75 bis 12.25 Mk.

Am 26. d. Mts. entschlief sanft nach langem, schweren Leiden meine liebe, brave Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Martha Hütter geb. Leitzmann.

Beerdigung: Montag, den 29. d. Mts., nachm. 4½ Uhr, von der Musiklinik nach dem Oswitzer Friedhofe. 2120

Am 26. d. Mts. verstarb nach langem Leiden die Frau unseres Freundes und Kollegen, Tischler Hütter,

Marta Hütter

geb. Leitzmann

im Alter von 31 Jahren. 2125

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Am Freitag früh starb nach langem, schwerem Leiden die Frau unseres werten Genossen Max Hütter,

Frau Marta Hütter geb. Leitzmann

im blühenden Alter von 31 Jahren. Durch ihr ruhiges, freundliches Wesen hat sie sich die Achtung aller Freunde und Bekannten erworben. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.

Breslau, den 28. April 1907. 2124

Die Genossen des Bezirks 3 (Distrikt 4, Nikolaitor).

Zentralverein für alle in der Hut- und Filzwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Filiale Breslau).

Am 27. d. M. verschied nach langem Leiden unser Kollege

Karl Beier

im Alter von 40½ Jahren an Lungenleiden.

Er ruhe in Frieden.

2122 Der Vorstand.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Kurzestraße 4, nach Kottwitzhafen.

Hirschberg.

Gr. Volksversammlung

Mittwoch, den 1. Mai, abends 8 Uhr

im Saale zur „Andreasschenke".

Tagesordnung:

„Die Bedeutung des 1. Mai." 2130

Arbeiter, agitiert für Massenbesuch. **Der Einberufer.**